NR. 02 / JULI 2020

SÜDWESTGRÜN

RUNDBRIEF DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GRÜNEN IM BUNDESTAG

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

wer hätte geahnt, dass zwischen dem vorherigen und dem jetzigen Südwestgrün nichts mehr ist, wie es vorher war? Die Corona-Pandemie stellt unser Land und uns als Gesellschaft vor gewaltige Herausforderungen. Und das Virus legt schonungslos die Lupe über bereits vorher existierende Schieflagen und Systemfehler.

Aber die anderen Krisen warten nicht bis wir die Corona-Krise und ihre Folgekrisen bewältigt haben: den Ursachen der Klima- und Biodiversitätskrise müssen wir uns heute beginnen zu stellen, wenn wir ihre dramatischen Verwerfungen noch aufhalten wollen.

Was es deshalb jetzt braucht, ist tatsächlich gesellschaftlicher Zusammenhalt und ein gemeinsamer Kraftakt, um mit den Maßnahmen zur Corona-Krise auch unser Wirtschaftsleben umzubauen und sozial-ökologisch nachhaltig zu gestalten. Wir können jetzt die Weichen stellen, um künftig im Einklang mit den Bedürfnissen zukünftiger Generationen zu wirtschaften, zu konsumieren und zu handeln.

Für diese Weichenstellung haben wir uns in den letzten Wochen und Monaten im Bundestag stark gemacht. Denn eine solche Krisenkombination braucht neue Antworten. In unserem grünen Zukunftspakt, in dem wir die ökonomisch, sozial, ökologisch und epidemiologisch notwendigen Maßnahmen zusammenbringen, haben wir formuliert, wie solche neuen Antworten aus unserer Sicht aussehen können.

Zugleich haben wir im Bundestag darauf geachtet, dass die in der Corona-Krise erfolgten Eingriffe in unsere Grundrechte auch verhältnismäßig waren. Dass der Bundestag und nicht wie ursprünglich geplant die Exekutive den Epidemiefall ausruft, ist ein Beleg für die funktionierende Gewaltenteilung in unserem Land.

Dass die Europäische Union unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen trotz Widerstand aus der Industrie und in den Mitgliedsstaaten noch am Green Deal und seinen ambitionierten Klimaschutzzielen festhält, ist ebenfalls ein großer Erfolg und Konsequenz daraus, dass die Klimakrise und das Artensterben auch während der Corona-Pandemie weiterhin im Blickfeld der Bürger*innen sind.

Etwas mehr als ein Jahr vor der nächsten Bundestagwahl 2021 bleiben unsere grünen Kernthemen trotz Pandemie in den Köpfen der Menschen präsent. Das aktuelle Zeitfenster gilt es zu nutzen, gerade jetzt, weil Deutschland seit dem 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft innehat.

Wann wir zu einer Normalität im Alltag zurückkehren können, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar. Fakt ist aber schon jetzt, dass es eine neue Normalität sein wird. Was es für diese neue Normalität braucht und wie diese aussehen kann, haben wir auf den folgenden Seiten skizziert.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Euer Harald und die ganze Landesgruppe

DR. DANYAL BAYAZ

STARTUP-BEAUFTRAGTER

WWW.DANYAL.EU

Tel. 030 / 227-77247, Fax 030 / 227-70247, danyal.bayaz@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Schlossstraße 4, 68723 Schwetzingen
Tel. 07251 / 327 62 77, danyal.bayaz.wk@bundestag.de

WIRECARD - IMMENSER SCHADEN FÜR FINANZPLATZ DEUTSCHLAND

Mit Wirecard hat erstmals ein DAX-Konzern Insolvenz angemeldet.
Dabei stehen allerdings dermaßen viele offene Fragen im Raum, dass sich der Bundestag und der Finanzausschuss mit den Vorkommnissen beschäftigen. Wie konnte es soweit kommen? Welche Rolle spielte die Wirtschaftsprüfung? Was ist schief gelaufen bei der Finanzaufsicht? Und da Wirecard und nebulöse Umstände in den letzten Jahren immer wieder Themen in den Medien waren: Hatte das Finanzministerium die Vorgänge rund um das Unternehmen im Blick? Die Aufklärung des Falls ist auch wichtig, um das Vertrauen in den Finanzplatz und die Aufsicht wieder zu stärken, deren Ansehen nicht nur aufgrund dieses Vorfalls in den vergangenen Jahren gelitten hat. Anlegern, darunter auch viele Kleinanleger, droht nun zum Teil der Totalverlust ihrer Anlagen. Auch öffentliche Gelder in Millionenhöhe sind betroffen, z.B. über Kredite der Commerzbank, der KfW oder Landesbank Baden-Württemberg an Wirecard.

Wer ist Wirecard?

Wirecard ist ein Zahlungsdienstleister, der zwischen Kunden und Geschäften die Abwicklungen von Zahlungen z.B. über Kreditkarten vornahm. Sein Wachstum verdankte die Firma vor allem den Geschäften und Umsätzen über sogenannte Drittpartner in Asien wie etwa in Singapur und Dubai. Dort war Wirecard nicht direkt involviert, sondern wickelte Zahlungen über Drittpartner ab. Im September 2018 verdrängte Wirecard die Commerzbank aus dem DAX. Wirecard galt als eine Erfolgsstory und „eines der seltenen Beispiele, dass es auch erfolgreiche große deutsche Technologieunternehmen geben kann“ (FAZ). Aber schon vor der Insolvenz gab es immer wieder Berichte und Gerüchte, dass Wirecard nicht immer seriös agiert. Im Juni stellte sich nun tatsächlich heraus, dass 1,9 Milliarden Euro – immerhin ein Viertel der Bilanzsumme! – nicht nur verschwunden, sondern nie existent waren. Der Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) Felix Hufeld bezeichnete die Vorgänge rund um Wirecard als ein „komplettes Desaster“ und gar als „eine Schande, dass so etwas passiert ist". Auch Finanzminister Olaf Scholz machte keine gute Figur. Zuerst erklärte er, dass die Aufsichtsbehörden „ihren Job gemacht“ hätten. Nur einen Tag später sagte er, Wirtschaftsprüfer wie Aufsichtsbehörden schienen „nicht effektiv gewesen zu sein“.

Aufsicht und Regierung bleiben Antworten schuldig

In der Sitzung des Finanzausschusses sind BaFin-Präsident Hufeld und die Bundesregierung leider viele Antworten schuldig geblieben. Alle Beteiligten sehen sich als Opfer komplizierter Umstände. In der Summe ergibt sich ein Gesamtbild einer dilettantischen, kollektiven Unverantwortlichkeit. Die Minister Scholz und Altmaier stehen jetzt in der Verantwortung, das Handeln der ihnen unterstellten Behörden BaFin und der Wirtschaftsprüfungsaufsicht zu klären und auch transparent zu machen, damit daraus Konsequenzen für die Neuaufstellung der Aufsicht gezogen werden können. Dafür ist es höchste Zeit, denn viele der ans Licht gekommenen Probleme sind nicht neu. Schon bei früheren Finanzskandalen wie Cum/Ex oder dem Container-Unternehmen P&R spielte die Finanzaufsicht eine unrühmliche Rolle. Und dem Wirtschaftsminister Altmaier fällt nichts Besseres ein, als den Skandal um Wirecard so zu kommentieren: „Wir hätten eine solche Situation überall erwartet – nur nicht in Deutschland.“ Wir wären klüger, wenn wir aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hätten.

Was ist jetzt zu tun?

Finanzminister Scholz und seine Vorgänger hätten schon früher die Lehren aus den Finanzskandalen

WAS WIR AUS DEM FALL WIRECARD LERNEN KÖNNEN

ziehen müssen. Das hätte vermutlich viele Anlegerinnen und Anleger vor hohen finanziellen Schäden bewahrt und den Finanz- und Wirtschaftsstandort Deutschland vor einem Reputationsverlust geschützt. Wir müssen aus diesen Fehlern lernen und die Aufsicht nun endlich so aufstellen, dass der nächste Skandal bestmöglich verhindert wird. Die BaFin muss nun nicht nur besser ausgestattet werden, um unabhängiger von privaten Prüfern zu werden. Sie muss vor allem an ihrem Selbstverständnis arbeiten. Sie muss kriminalistischer denken und selbst mehr IT-relevante Kompetenzen aufbauen, um neue Technologien und Geschäftsmodelle im Detail zu begreifen und zu kontrollieren. Zu häufig verweist die BaFin auf die Grenzen ihrer Zuständigkeit oder zieht sich auf formale Prüfungen zurück. Die Aufsicht muss gefürchtet werden von jenen, die womöglich auf dumme Gedanken kommen.

Blinde Flecken im Konjunkturpaket

In den letzten Wochen standen vor allem das Konjunkturpaket und wirtschaftliche Maßnahmen gegen die Corona-Krise im Mittelpunkt der politischen Debatte. Es ist manches ordentlich, was die Bundesregierung auf den Weg bringt. Doch gibt es leider auch blinde Flecken. Trotz der breit angelegten Hilfen gibt es Menschen, Unternehmen und Branchen, die durch das Netz der staatlichen Corona-Hilfen fallen. Die Senkung der Mehrwertsteuer, von der Regierung als Herzstück des Konjunkturpakets bezeichnet, ist eine unkalkulierbare Wette. Es ist unsicher, ob die Senkung der Mehrwertsteuer auch tatsächlich zu einer Senkung der Preise führen, den Konsum anregen und die Konjunktur in der Breite ankurbeln wird. Wenn eine Maßnahme als Herzstück bezeichnet wird, sollte sichergestellt sein, dass sie auch wirkt. Viele Unternehmen hatten im Vorfeld jedoch angekündigt, die Senkung nicht an die Verbraucher weiter geben zu können oder wollen. Statt der Senkung der Mehrwertsteuer wäre eine Senkung der EEG-Umlage die bessere Maßnahme gewesen. Sie hätte deutlich stärker konjunkturelle und nachhaltige Effekte gebracht. Neben der Stärkung der Kaufkraft und einer Unterstützung von Unternehmen hätte eine EEG-Reform auch einen Beitrag zur ökologischen Modernisierung der Wirtschaft geben können.

Was die Genauigkeit dieses Konjunkturpakets angeht, mangelt es auch an der Unterstützung von kleineren und mittleren Unternehmen und von Soloselbstständigen. Gerade für den Mittelstand, oft gelobt als Rückgrat unserer Wirtschaft, wären bessere Förderungsmöglichkeiten wie eine längere Verlustverrechnung möglich gewesen. Die Soloselbstständigen wurden im Konjunkturpaket ignoriert. Gründerkultur und Selbständigkeit werden nicht gewürdigt. Das ist doppelt enttäuschend. Gerade die Solo-Selbständigen und Gründer sind Treiber des ökologischen Strukturwandels und der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes. Große Unternehmen und auch die öffentliche Verwaltung sind angewiesen auf die Unterstützung und die Dienstleistung von Soloselbstständigen.

Für Familien gibt es vernünftige Maßnahmen wie den Kinderbonus. Doch ausgerechnet für Alleinerziehende hilft er nicht und wirkt ungerecht. Hier gilt: Wer viel verdient, bekommt viel, und wer wenig verdient, bekommt wenig. Fair und solidarisch ist etwas anderes. Gerechter wäre eine Steuergutschrift, die alle Alleinerziehenden in gleicher Höhe von ihrer Steuerschuld abziehen können. Doch die größte Schwäche des Konjunkturpaketes ist der Umstand, dass es sich zu wenig um die Zukunft kümmert. Wir dürfen doch nicht nur fragen, wie wir das Jahr 2020 retten, sondern müssen uns auch fragen, was wir heute machen müssen, um auch 2030 gut dazustehen. Um die neuen 20er Jahre – eine Dekade der Umbrüche – gut zu meistern, brauchen wir dauerhafte Investitionen in Infrastruktur, in Forschung und Bildung, in künstliche Intelligenz und in die ökologische Modernisierung.

DR. FRANZISKA BRANTNER

PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN
SPRECHERIN FÜR EUROPAPOLITIK

WWW.FRANZISKA-BRANTNER.EU

Tel. 030 / 227-73096, Fax.030 / 227-76094, franziska.brantner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Bergheimerstr. 147, 69115 Heidelberg
Tel. 06221 / 914 66 20, franziska.brantner.ma04@bundestag.de

RATSPRÄSIDENTSCHAFT JETZT FÜR EUROPAS ZUKUNFT NUTZEN

Deutschland übernimmt diese EU-Ratspräsidentschaft in ganz besonderen Zeiten: inmitten der Corona-Pandemie, der daraus resultierenden Wirtschaftskrise und der sich weiter zuspitzenden Klimakrise. Die Corona-Krise hat uns gezeigt, wie wichtig Solidarität und der Zusammenhalt in Europa sind, gerade auch weil beides zu Beginn fehlte. Sie hat gezeigt, dass wir uns in Europa besser aufstellen müssen. Wir brauchen eine Pandemiewirtschaft, die europaweit Schutzausrüstung, Masken und Versorgungsplätze koordiniert und verwaltet. Wir brauchen gemeinsame Notfallkonzepte, Kooperationen der Gesundheitsämter und regionale, grenzüberschreitende Task Forces, damit Grenzschließungen nie wieder die Antwort sein werden, auch wenn die Infektionszahlen wieder steigen sollten. Wir müssen Rechtsstaat und Demokratie in Europa verteidigen gegen Desinformationen und Rechtspopulisten, die unsere Werte mit Füßen treten. Und wir müssen mehr denn je unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft nachhaltig umbauen, damit wir weniger anfällig sind für solche Pandemien, und damit wir endlich genug gegen den immer schneller werdenden Klimawandel tun. Denn die Klimakrise kennt keine Quarantäne, sie wartet nicht.

Die EU ist dabei, in der Corona-Krise richtigerweise viele Milliarden auszugeben. Diese Größenordnung ist absolut notwendig, denn jetzt nicht zu investieren, würde in der Zukunft noch höhere wirtschaftliche und politische Kosten nach sich ziehen. Aber dennoch bedeutet dies eine Belastung für die nächste Generation und damit eine noch höhere Verantwortung für die heutigen Entscheidungsträger, dieses Geld in die Zukunft zu investieren und nicht in die Vergangenheit. In eine klimaneutrale, sozial gerechte und wirtschaftlich erfolgreiche Europäische Union. In ein Europa, das unsere Gesundheit und Ressourcen schützt und zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft, auch bei uns in der Region. Die Bundesregierung muss daher diese historische Chance für einen Neustart in Europa nutzen.

Green Deal zum Kompass des Wiederaufbaus machen

Erstens, muss die Bundesregierung den Green Deal zum Herzstück und Kompass des Wiederaufbaus machen. Dafür brauchen wir verbindliche Quoten für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und den Next Generation EU Fund. Wir fordern, dass jeder zweite Euro in den Klimaschutz fließt, gemäß den Richtlinien der Taxonomie für klimagerechte Vorhaben.

Wir brauchen mehr transeuropäische Zukunftsprojekte: ein gemeinsames Energie- und Schienennetz, ein 70-Millionen-Dächer-Programm für Solaranlagen in den nächsten zehn Jahren, eine Sanierungswelle für Gebäude in der EU, einen Investitionsschub für grüne Forschung und Entwicklung, um so bis zu zwei Millionen Arbeitsplätze zu schaffen.

Davon können wir in Baden-Württemberg profitieren, mit neuen grünen Jobs und einem Just Transition Fund, der unseren Strukturwandel erleichtert. Wir sind in der Region bereits auf dem Weg bei Erneuerbaren Energien und grüner Technologie und können mit den Hilfsgeldern diesen Startvorteil auch global ausbauen. Einen Großteil der Anleihen für den Next Generation EU Fund sollten wir als Green Bonds aufnehmen und damit Europa als Leitmarkt für nachhaltige Geldanlagen stärken.

UNSER LAND MUSS WIEDER MACHER IN DER EU SEIN

Im EU-Haushalt brauchen wir neue ambitionierte Eigenmittel, die dem Klimaschutz und der Umwelt dienen, wie eine Plastikabgabe und einen CO2-Grenzausgleich für fairen Wettbewerb.

Zweitens, darf die Bundesregierung keinen EU-Haushalt unterschreiben, der nicht Rechtsstaatlichkeit zur Bedingung macht. Die bestehenden Instrumente der EU müssen weiterentwickelt werden durch einen jährlichen Bericht über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, der alle Mitgliedsstaaten einschließt und durch eine unabhängige "Rechtsstaats-Kommission" erstellt wird. Bei gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit müssen auch Sanktionen drohen bis hin zum Entzug von EU-Geldern weg von Demokratiezerstörern hin zu Kommunen und Zivilgesellschaft, um die Demokratie vor Ort zu stärken und zu verteidigen. Ab Januar 2021 gibt es die Europäische Staatsanwaltschaft. Sie soll Straftaten gegen den EU-Haushalt wie Betrug, Korruption und schweren grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug untersuchen, strafrechtlich verfolgen und vor Gericht bringen. Es ist auffällig, wer hier nicht mitmacht: Polen und Ungarn. Eine Teilnahme sollte Bedingung für den Erhalt von EU-Geldern sein, damit diese nicht in dunkle Taschen, schwarze Kanäle und Oligarchennetzwerke wandern, die auf Kosten der europäischen Steuerzahler die Demokratie untergraben.Drittens, muss die Bundesregierung das soziale Europa stärken. Wir brauchen ein sozialeres Europa zur Abfederung von künftigen Krisen oder auch der Umbrüche, die mit dem digitalen Umbau und der ökologischen Transformation in der Arbeitswelt einhergehen. Deutschland sollte im Rat dafür sorgen, dass eine EU-Grundsicherungsrichtlinie mit Mindeststandards für die nationalen Grundsicherungssysteme der Mitgliedstaaten, aber auch eine Arbeitslosenrückversicherung auf den Weg gebracht werden. Wir brauchen endlich mehr Gleichstellung für Frauen mit festen Quoten und gleichem Lohn per Gesetz. Gerade hier hat die Bundesregierung ihr Programm im Vergleich zum Entwurf komplett entleert. Hier müssen wir zusammen mit den Gewerkschaften, Sozialverbänden und Bewegungen für ein gerechteres Europa einstehen.

Gemeinsamer und eigenständiger europäischer Weg ist dringender denn je

Viertens, muss die Bundesregierung Europa souveräner und international handlungsfähiger machen. Mit dem Erstarken Chinas und den politischen Unsicherheiten in den USA ist ein gemeinsamer und eigenständiger europäischer Weg dringender denn je. Wir müssen die technologische Souveränität Europas bewahren und europäische Werte ins Zentrum stellen, mit einheitlichen Regelungen für Plattformen und Plattformmärkte, starken Verbraucherrechten und einem europaweiten 5G-Konsortium. Die Bundesregierung muss auch in ihrer Ratspräsidentschaft das europäische Asylsystem zu reformieren versuchen, auf den Grundlagen der Genfer Flüchtlingskonvention und des Grundrechts auf Asyl.

Deutschland muss endlich wieder europäischer Macher und nicht weiter nur Moderator sein. Zusammen mit Frankreich und Italien muss es in den Gemeinschaftsgang schalten und andere wichtige Partner, wie zum Beispiel Polen, mitnehmen. Europa braucht jetzt einen neuen Elan, den jede Europäerin und jeder Europäer spürt – auch wir alle in Baden-Württemberg im Herzen und als Antrieb dieser EU.

AGNIESZKA BRUGGER

STELLVERTRETENDE FRAKTIONSVORSITZENDE

WWW.AGNIESZKA-BRUGGER.DE

Tel. 030 / 227-71570, Fax 030 / 227-76195, agnieszka.brugger@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Rosenstraße 39, 88212 Ravensburg,
Tel. 0751 / 359 39 66, Fax 0751 / 359 39 67 agnieszka.brugger@wk.bundestag.de

SOLIDARISCH, EUROPÄISCH UND FEMINISTISCH AUS DER KRISE

Die Corona-Krise bewältigen wir weltweit nur gemeinsam, denn das Virus und seine Folgen machen an keiner Grenze Halt. Trotzdem hat die Bundesregierung Monate gebraucht, um europäisch und international Solidarität zu zeigen. Weltweit trifft das Corona-Virus Menschen mit besonderer Wucht, die schon davor unter Gewalt, Armut und fehlenden staatlichen Strukturen gelitten haben. Im Südsudan kommt beispielsweise ein*e Ärzt*in auf 100.000 Menschen. Im Flüchtlingslager Moria fehlt es an sauberem Wasser. Und viele Länder in Ostafrika sind derzeit von einer Heuschreckenplage betroffen, die ganze Ernten vernichtet. Die Folgeeffekte der Corona-Krise drohen mehr Menschen weltweit in extreme Armut zu drängen, Krisen zu verschärfen, Ungleichheiten zwischen und innerhalb von Gesellschaften zu verstärken und Errungenschaften im Bereich der Menschenrechte und für eine global gerechtere Welt zunichte zu machen. Deshalb ist eine globale und solidarische Antwort auf die Corona-Krise zwingend notwendig. Es braucht dringend ein langfristiges, globales Hilfspaket gegen die Corona-Krise, um strukturschwache Länder, Krisenregionen und Flüchtlingslager schnell, zielgerichtet und solidarisch bei der Pandemiebekämpfung und den sozialen und wirtschaftlichen Folgen zu unterstützen. Dazu haben wir im Bundestag konkrete Vorschläge vorgelegt: www.gruenlink.de/1skk

Mit den Egoismen der ersten Wochen wurde leider auch viel Vertrauen und wertvolle Zeit in der EU verspielt. Jetzt endlich hat Angela Merkel zusammen mit dem französischen Präsidenten einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan, indem sie ihre jahrelange ideologische Blockade von gemeinsamen europäischen Anleihen aufgegeben hat.

Das ermöglicht erst die Gelder, die wir brauchen, um diese schwierige Herausforderung gemeinsam anzugehen. Deutschland übernimmt für das nächste halbe Jahr nicht nur die EU-Ratspräsidentschaft, sondern die Verantwortung für drei extrem wichtige Fragen, denen wir uns in der EU dringlich widmen müssen: einen Green Deal, der eine echte Antwort auf die Klimakrise darstellt, ein europäisches Wiederaufbauprogramm, das echte Solidarität herstellt und den EU-Haushalt für die nächsten sieben Jahre für eine starke und handlungsfähige EU – das sind unsere besten Zukunftsinvestitionen.

Die Klimakrise macht keine Corona-Pause. Wenn jetzt national, europäisch und global Milliarden in die Hand genommen werden, müssen sie zum großen Teil auch dazu genutzt werden, die Klimakrise zu bekämpfen. Daher sollte beim EU-Haushalt und Wiederaufbauprogramm jeder zweite Euro in klimagerechte Vorhaben fließen. Und die Bundesregierung muss ihr Bremsen bei schärferen Klimazielen in der EU beenden. Die Zeit der egoistischen und kurzsichtigen Blockaden bei ernsten Krisen muss ein für alle Mal vorbei sein. Das sind die Lehren die wir aus dem Nichthandeln nach der Finanz- und Wirtschaftskrise und dem Weckruf der aktuellen Pandemie ziehen sollten, um endlich in einer gemeinsamen Kraftanstrengung die größte Krise unserer Zeit anzugehen und die drohende Klimakatastrophe abzuwenden.

Frauen beim Krisenmanagement mit an den Tisch

Die Corona-Krise trifft weltweit Frauen ungleich härter. Sieben von zehn Menschen in gesundheitsrelevanten und sozialen Berufen weltweit sind Frauen. Frauen übernehmen den größten Teil der Sorgearbeit in Familien und Gemeinschaften und sind gleichzeitig besonders hart von den wirtschaftlichen Folgen der Krise betroffen.

WIR BRAUCHEN EINE FEMINISTISCHE ANTWORT AUF DIE KRISE

Weltweit steigt durch die Krise Gewalt gegen Frauen, nimmt Rassismus und Diskriminierung gegenüber marginalisierten Gruppen zu. In vielen Ländern dürfen vor allem Mädchen nach Schulschließungen nicht zurück in die Schule, und die Rate von Kinderehen steigt an. Gleichzeitig sitzen vor allem Männer an den Tischen, an denen die Entscheidungen getroffen werden, welche Antworten es auf diese Pandemie und ihre gesundheitlichen, sozialen und und wirtschaftlichen Folgen gibt. Gleichberechtigung am Verhandlungstisch, das wäre nicht nur fair und gerecht, sondern auch klug, denn wir können uns nicht leisten, auf diese wichtigen Perspektiven und Erfahrungen zu verzichten.

All das zeigt, dass die Antwort auf die Krise auch eine feministische sein muss. Die besonderen Herausforderungen von Frauen und benachteiligten Gruppen müssen in den Blick genommen und ihre Rechte geschützt werden. Deutschland hat gerade den Vorsitz des UN-Sicherheitsrates inne und damit die Möglichkeit, die internationale Agenda mitzubestimmen. Die Bundesregierung muss diese Chance auch für eine feministische und solidarische Antwort auf die Corona-Krise nutzen. Vielleicht ist es auch nur ein Zufall, dass mit Angela Merkel in Deutschland und weiblichen Regierungschefinnen in Island, Finnland, Neuseeland und Dänemark die Länder relativ klug, sachlich und aufgeklärt auf die Situation reagiert haben. Auf jeden Fall bieten sie ein deutliches Kontrastprogramm zu den Präsidenten Trump und Putin, Bolsanaro, Johnson und Erdogan.

Auch in der EU braucht es eine feministische Antwort auf die Krise. Zu Beginn der Krise haben in Europa fast fünfmal so viele Frauen wie Männer ihren Arbeitsplatz verloren. Mindestens die Hälfte der Gelder beim Wiederaufbau muss Frauen zu Gute kommen. Es braucht spezielle Fonds für von Frauen geführte Betriebe und Gelder, die für Gleichstellung ausgegeben werden können. Das fordert auch die großartige Initiative „half of it“: www.gruenlink.de/1skj.

Rechtsextremismus beim KSK: klare Konsequenzen

Ein KSK-Soldat, der ein Waffen- und Munitionslager in seinem Garten angelegt hat, ein rechtsextremer Reservist mit Todeslisten, ein Whistleblower aus der Spezialeinhalt selbst und ein Brandbrief des KSK-Kommandeurs haben in den letzten Wochen noch einmal erschreckend deutlich gezeigt, wie massiv das Sicherheitsrisiko durch Rechtsextremisten bei den Spezialkräften ist. Vor allem in den Sicherheitskräften, wo Menschen Zugang zu Waffen, geheimen Informationen und Training haben, kann und darf es keinen Platz für Rechtsextreme geben.

Die Briefe aus dem KSK zeigen auch, dass es dort viele Menschen gibt, die nicht nur fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, sondern Missstände auch gegen heftige Widerstände nicht hinnehmen. Insbesondere bei der Ausbildung kam es zu Machtmissbrauch und Schikane, und dieser Bereich muss nun besonders genau durchleuchtet werden.

Alle Rechtsextremisten müssen ein für alle Mal aus dem KSK und der Bundeswehr verbannt werden. Die Verteidigungsministerin hat sehr klare Worte dazu gefunden und nun auch konkrete Maßnahmen vorgestellt. Dabei werden die Angehörigen des KSK in die Pflicht genommen, in den nächsten Wochen unter Beweis zu stellen, dass die Botschaft von null Toleranz gegenüber Rechtsextremisten aktiv von allen gelebt wird. Das Ministerium scheint nach viel zu langer Zeit den Ernst der Lage endlich begriffen zu haben. Die Verteidigungsministerin muss den Kampf gegen Rechtsextremismus in den Sicherheitskräften zur Top-Priorität machen und den angekündigten Kurs auch konsequent weiterverfolgen.

DR. ANNA CHRISTMANN

SPRECHERIN FÜR INNOVATIONS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK
SPRECHERIN FÜR BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

WWW.ANNACHRISTMANN.ORG

Tel. 030 / 227-79227, Fax 030 / 227-70230, anna.christmann@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Tübinger Str. 1, 70178 Stuttgart
Tel. 0711 / 66 47 61 99, anna.christmann.wk@bundestag.de

JA ZU MEHR BETEILIGUNG, DER BUNDESTAG BEAUFTRAGT EINEN BÜRGERRAT!

Die Corona-Krise stellt auch unsere Demokratie vor große Herausforderungen. Viele Entscheidungen müssen schnell getroffen werden, und es bleibt wenig Zeit für einen breiten Diskurs über die richtigen Maßnahmen zum Gesundheitsschutz oder dem Konjunkturpaket. So notwendig dieses schnelle Handeln in der Krise ist, so wichtig ist eine lebendige und breit getragene Demokratie, die solchen Herausforderungen standhält. Und die aktuelle Pandemie ist nur eine der großen Aufgaben, die wir gemeinsam bewältigen müssen. Die Klimakrise, aber auch das Auseinanderdriften verschiedener gesellschaftlicher Gruppen drängen auf Lösungen, die nicht einfach zu finden oder durchzusetzen sind. Wir müssen unsere Demokratie so breit wie möglich aufstellen, um gemeinsame Antworten zu finden, die uns in die Zukunft tragen.

In Baden-Württemberg haben wir seit dem Regierungsantritt 2011 sukzessive eine solche gemeinschaftliche Lösungssuche und die „Politik des Gehörtwerdens“ etabliert. Dank unserer Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Partizipation, Gisela Erler, haben wir viele (neue) Formate der Bürger*innenbeteiligung erprobt, seien es das Online-Beteiligungsportal oder die Nachbarschaftsgespräche vor Ort. Das jüngste Instrument sind die sogenannten Bürger*innenräte, also zufällig und repräsentativ ausgewählte Menschen, die zur Diskussion einer bestimmten Frage geladen werden. Für die meisten ein sehr positives Erlebnis und ein großes Gefühl der Wertschätzung, wenn sie zu einem solchen Bürgerrat eingeladen werden. Zur Frage der Altersvorsorge der Landtagsabgeordneten haben solche Zufallsbürger*innen ein Gutachten vorgelegt, das eine wichtige Grundlage für den Landtag war. Im Südwesten lebt unsere Demokratie!

Beteiligungsverfahren sind auf Bundesebene eher Glückstreffer

Dringender Handlungsbedarf besteht dagegen auf Bundesebene, wo deutlich mehr Beteiligungsinstrumente überfällig sind. Dort sieht die Realität bisher nämlich ganz anders aus: Der Status quo von Bürger*innenbeteiligungsverfahren gleicht eher einem Flickenteppich willkürlicher Maßnahmen als strategischem Vorgehen.

Jedes Ministerium – das ergab meine Anfrage– bindet Beteiligungsverfahren je nach Gusto in politische Prozesse ein; selten bei der Gesetzgebung. Seitens der Bundesregierung gibt es kein Interesse, die Verfahren auszubauen. Weder in Form eines Online-Beteiligungsportals für Gesetzentwürfe noch als systematische Verankerung von Bürger*innenbeteiligung in der Geschäftsordnung der Bundesregierung. Dabei gibt es im Koalitionsvertrag der GroKo sogar das Vorhaben, eine „Expertenkommission“ einzurichten, die Vorschläge erarbeitet, „ob und in welcher Form unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden kann“. Sie existiert allerdings bis heute nicht und wird wohl kaum noch kommen.

Zivilgesellschaft macht‘s vor: ein Bürger*innenrat für mehr Demokratie

Wie so oft, wenn die Regierung im Tiefschlaf liegt, hat letztendlich die Zivilgesellschaft das Heft in die Hand genommen – und es besser gemacht. Der Verein „Mehr Demokratie“ hat in Kooperation mit der Schöpflin Stiftung kurzerhand ihren eigenen Bürgerrat organisiert – viel besser als eine Expertenkommission. An zwei Wochenenden tagten 160 zufallsgeloste Bundesbürger*innen in Leipzig zu der Frage, wie wir unsere Demokratie erweitern können.

MIT MEHR BETEILIGUNG VON BÜRGER*INNEN DEMOKRATIE STÄRKEN

Aus einem intensiven und langen Diskurs entstanden so 22 konkrete, politische Empfehlungen wie bspw. die Einrichtung eines Lobbyregisters, die Installation eines Online-Beteiligungsportals nach dem Vorbild Baden-Württembergs, aber auch die Einführung von Volksentscheiden oder Initiativen auf Bundesebene. Eine besonders prominente Empfehlung war zudem, bundesweit Bürgerräte auch in Zukunft zu nutzen.

Bundestag greift Vorschlag für einen Bürger*innenrat auf – „Deutschlands Rolle in der Welt“

Seit die Vorschläge auf dem Tisch liegen, setzen wir uns dafür ein, dass der Bundestag sie aufgreift. Wir können den professionellen Beteiligungsprozess gar nicht hoch genug schätzen, mit dem die differenzierten Vorschläge für eine lebendige Demokratie erarbeitet wurden. Ich bin daher sehr froh, dass sich auch auf unseren Einsatz hin nur knapp ein halbes Jahr später alle Fraktionen des Bundestages darauf verständigt haben, erstmalig ein derartiges Beteiligungsgremium einzurichten. Das Thema soll „Deutschlands Rolle in der Welt“ sein. Wir hätten uns hier natürlich auch einen Klimarat vorstellen können, spannend, dass ein solches Projekt nun gerade in Stuttgart in den Kinderschuhen steckt. In Frankreich wurde ein solcher Bürgerrat gerade abgeschlossen. Aber wichtiger ist noch, dass der Bundestag es nun überhaupt wagt, etwas Neues auszuprobieren. Damit geht das Parlament einen großen Schritt weiter im Aus- und Aufbau von Beteiligungsinstrumenten als es die Große Koalition bisher gewagt hatte. Der Prozess des Bürgerinnen*rats letztes Jahr hat eindrücklich gezeigt, wie interessant dieses Instrument für die Bereicherung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie sein kann. Es zeichnet sich nicht nur dadurch aus, dass so Menschen in demokratische Prozesse einbezogen werden, die sich womöglich sonst nicht beteiligt hätten. Es ermöglicht auch eine fundierte und wertschätzende Debatte innerhalb der gelosten Bürger*innen, die durch Populismus und neue Medien zunehmend unter Druck gerät.

Auf die nächsten zehn Jahre kommt es an

Die kommende Dekade sollten wir also dazu nutzen, mehr Bürger*innenbeteiligung auch auf der Bundesebene zu wagen. Ich habe darüber auch einen Impuls für unser neues Grundsatzprogramm geschrieben (https://www.gruene.de/artikel/auf-dem-weg-zu-einer-partizipativen-demokratie) und mich sehr gefreut, dass sich Bürger*innenräte nun auch im Entwurf zum Grundsatzprogramm wiederfinden.

Wir sollten auch in den kommenden Jahren auf zufallsgeloste Bürger*innenräte zu den drängenden Fragen der Zeit, also z.B. Klimawandel, dem gesellschaftlichen Zusammenhalt oder der Aufarbeitung der Corona-Krise setzen, und sie mit in die politische Debatte holen; je früher desto besser. Klar ist aber auch: Dafür braucht es Verantwortlichkeiten und auch finanzielle Mittel im Bund. Es muss daher innerhalb der Bundesregierung eine verantwortliche Person für Partizipation und Zivilgesellschaft geschaffen werden, z.B. als Staatsministerin. Und es braucht feste Budgets für Bürger*innenbeteiligungsverfahren im Bundeshaushalt – hier wären Finanzierungsmodelle z.B. über einen Fonds oder eine unabhängige Stiftung denkbar.

Ich freue mich jetzt erstmal auf den Bürger*innenrat beim Bundestag und werde diesen Prozess gespannt und intensiv begleiten. Ich berichte!

HARALD EBNER

SPRECHER FÜR GENTECHNIK- UND BIOÖKONOMIEPOLITIK
SPRECHER FÜR WALDPOLITIK

WWW.HARALD-EBNER.DE

Tel. 030 / 227-73025, Fax 030 / 227-76025, harald.ebner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gelbinger Gasse 87, 74523 Schwäbisch Hall
Tel. 0791 / 97823731, Fax 0791 / 97823733, harald.ebner.ma03@bundestag.de

Der Handlungsdruck im Agrarbereich ist unübersehbar: Dürreprobleme, sinkende Bodenqualität, Nitratbelastung im Grundwasser, Insekten- und Vogelsterben, mangelnde Tierhaltungsstandards und -kontrollen, ein anhaltendes Höfesterben etc. Konzepte für eine umfassende Neuaufstellung der Agrarpolitik zur Bewältigung dieser Probleme liegen seit Jahren auf dem Tisch.

Doch statt endlich die Weichen zu stellen für eine klimafeste, für die Bäuerinnen und Bauern auskömmliche und umweltfreundliche Landwirtschaft, beruft die Ministerin eine Zukunftskommission zur Diskussion und Lösung bestehender Probleme und Zielkonflikte im Agrarbereich ein. Wie schon bei der Düngeverordnung und Maßnahmen gegen das Insektensterben drückt sich Julia Klöckner vor ihr unangenehmen Entscheidungen und vertagt die Problemlösung in die Zukunft. Da diese Kommission erst im Sommer 2021 ihren Abschlussbericht vorlegen soll, ist zu befürchten, dass es bis zur Bundestagwahl im September 2021 mit Verweis auf die Arbeit der Kommission keinerlei grundsätzliche Veränderungen oder Weichenstellungen in der Landwirtschaftspolitik geben wird. Mit ihrer Verweigerungshaltung hat sich die Ministerin längst selbst überflüssig gemacht – vielleicht sollte sie sich künftig ganz auf Fernseh-Kochshows beschränken, bei denen sie sich noch nicht einmal um das Einkaufen kümmern muss.

Konsequent blockiert die Bundesministerin auch Reformimpulse aus Brüssel. Als ein Teil des von der EU-Kommission vorgeschlagenen Green Deals zur Erreichung der Klimaneutralität 2050 hat die EU-Kommission die überraschend fortschrittliche Farm-to-Fork-Strategie (F2F) vorgestellt, mit der die Umstellung auf eine nachhaltige Landwirtschaft in Europa gelingen soll. Die Strategie sieht u.a. eine Halbierung des Pestizideinsatzes und eine Erhöhung des Ökolandbau-Anteils auf 25% der landwirtschaftlichen Fläche in der EU bis 2030 vor.

Doch Bundesministerin Julia Klöckner redet die Vorschläge durch die Blume schlecht, bevor die Diskussion hierüber überhaupt begonnen hat. Den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen tut sie als „theoretische Anforderung“ ab und stellt die Schäden durch die Agrarindustrie als für die Ernährungssicherung unvermeidbar dar. Scheinheilig kritisiert Klöckner fehlende Finanzierungsvorschläge für die Umsetzung der EU-Pläne, dabei ist es die Ministerin selbst, die seit Jahren eine Umschichtung der umweltschädlich und ungerecht verteilten Agrarförderung blockiert – übrigens gegen den Rat ihrer eigenen Expert*innen. Es ist daher zu befürchten, dass die Bundesregierung die Gestaltungsmöglichkeiten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in den nächsten sechs Monaten für Fortschritte hin zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft und eine dringend notwendige Nachbesserung der GAP-Vorschläge ungenutzt lässt.

Pestizid-Zulassung reformieren

Fortschritte sucht man bislang auch beim nationalen Glyphosatausstieg vergebens. Noch nicht einmal das Verbot des Totalherbizids in Haus- und Kleingärten hat die GroKo bislang zustande bekommen – dabei hat Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner eine entsprechende Verordnung schon vor über zwei Jahren angekündigt. Dabei erwarten die Landwirt*innen endlich Lösungen und Unterstützung für den Umstieg auf glyphosatfreie Anbaumethoden und keinen weiteren Bärendienst Klöckners wie bei der Düngeverordnung, wo am Ende die Betriebe mit der nun fälligen Eiltempo-Umsetzung der unvermeidlichen Maßnahmen zur Nitratverminderung allein gelassen werden.

Stillstand herrscht auch bei der Umsetzung des Aktionsprogramms Insektenschutz mit Maßnahmen zur Verringerung des Pestizideinsatzes und der Förderung von nicht chemischen Alternativen zu Pestiziden und des Ökolandbaus. Außer Ankündigungen und Ökolandbaubeschimpfungen ist nichts zu sehen.

Dabei ist hier der Handlungsdruck groß: die bislang geltenden Zulassungsverfahren für Pestizide schützen Mensch und Umwelt nicht wirklich vor Schäden und müssten umfassend reformiert werden. Mein Antrag dazu war am 17. Juni Gegenstand einer öffentlichen Anhörung im Agrarausschuss des Bundestages. Mit dieser Anhörung zur Reform der Zulassungsverfahren für Pestizide haben wir Grüne auch Forderungen einer Petition an den Bundestag mit über 71.000 Unterschriften aufgegriffen. Obwohl das Europäische Parlament, wissenschaftliche Institutionen, Umweltbehörden und selbst der von Bundesministerin Julia Klöckner berufene Beirat für den Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutz Handlungsbedarf sehen, bleibt die Bundesregierung hier aber trotzdem untätig.

Den Enthusiasmus, den die Ministerin hier vermissen lässt, zeigt sie an anderer Stelle dafür umso mehr: wenn es darum geht, die neuen gentechnischen Methoden wie CRISPR / Cas den deutschen Verbraucher*innen schmackhaft zu machen, ist Julia Klöckner ganz vorne mit dabei. Unter dem Motto „Mehr Gentechnik wagen“ hofiert sie mittlerweile unverblümt die seitens der Biotech-Industrie propagierten technofixierten Heilsversprechen zur Sicherung der Welternährung und plädiert für eine Deregulierung der geltenden Rechtslage – trotz eindeutigem Urteil des Europäischen Gerichtshofes.

Leider ist sie damit nicht alleine: selbst in der oben gelobten F2F-Strategie werden die neuen gentechnischen Verfahren als Heilsbringer genannt. Für mich ist klar: Gentechnik hat in Bezug auf nachhaltige Lebensmittelproduktion weder im Green Deal noch sonst wo in der Landwirtschaft etwas zu suchen!

KLÖCKNERS MOTTO:

»Wenn Du nicht mehr weiter weißt, dann gründe einen Arbeitskreis«

Im Gegenteil: Es gibt viel zu viele offene Fragen rund um die Risiken für Mensch und Natur. Während es an Geld für unabhängige Risikoforschung und erfolgreiche Alternativen mangelt, gibt die Bundesregierung bereits Millionen an Steuergeldern für neue Gentechnikmethoden aus, deren Produkte zudem patentiert werden. Hier brauchen wir einen klaren Kurswechsel zugunsten der Ansätze, die keine finanzkräftige Lobby wie Bayer hinter sich haben.

Risikotechnologien kennzeichnen und streng prüfen

Deshalb haben wir uns auch als Bundestagsfraktion eindeutig für eine klare Regulierung neue gentechnischer Methoden im Sinne des in der EU primärrechtlich verankerten Vorsorgeprinzips ausgesprochen und hierzu im Juni ein Positionspapier verabschiedet. Im Sinne der jetzigen und zukünftiger Generationen müssen solche potenziellen Risikotechnologien gekennzeichnet sein und einer strengen Prüfung sowie einem Monitoring unterliegen.

Gene Drive Organismen beispielsweise, die explizit dafür gemacht sind, sich in der Umwelt dominant fortzupflanzen, sind vor diesem Hintergrund grundsätzlich unvereinbar mit einem vorsorgeorientierten Ansatz. Was wir brauchen, sind unabhängige, praxisnahe und dezentrale Lösungen durch weitaus vielversprechendere undrisikoärmere Ansätze wie Ökolandbau und Agrarökologie, die sich an widerstandsfähigen Systemen statt an einer einzelnen Technologie orientieren.

Das Billigschnitzel ist einfach zu teuer

Wie im Gesundheits- und Wirtschaftssystem offenbart das „Corona-Brennglas“ auch in der Fleischbranche die systemischen Missstände schonungslos: Corona-Ausbrüche bei Tönnies und anderen Großschlachtereien zeigen einmal mehr: Billigschnitzel kommen teuer! Fleisch zu Ramschpreisen hat für uns alle letztlich einen viel höheren Preis als der auf dem Etikett. Es ist gut, wenn die Bundesregierung jetzt endlich gegen den Missbrauch von Werkverträgen und gegen Subunternehmenskonstrukte in der Schlachtbranche vorgehen will. Doch es reicht nicht, an einer Schraube zu drehen, um ein System zu ändern.

Nötig sind die Generalunternehmerhaftung beim Arbeitsschutz und eine Gesamtzuständigkeit der Betriebsräte für alle Beschäftigten, eine strukturelle und institutionelle Stärkung der Arbeitsschutzkontrollen sowie Vorgaben und Kontrollen zur Qualität der Unterkünfte von Schlachtbetriebsmitarbeiter*innen. Dumping-Preise im Einzelhandel müssen über Gestehungspreisregelung für tierische Produkte verhindert werden, die die realen Produktionskosten der Landwirte berücksichtigt.

Aber nicht nur die Verarbeitung, sondern auch Produktion und Handel in der Fleischbranche brauchen grundlegende neue strukturelle Rahmenbedingungen. Das reicht von besseren gesetzlichen Haltungsstandards und dem Verbot der Qualzucht, Tierverstümmelung und Kükenschreddern über eine verpflichtende Haltungskennzeichnung auf tierischen Produkten bis hin zu einer Fleischabgabe sowie Investitionshilfen, um Landwirten die Erfüllung eines deutlich übergesetzlichen Tierwohlstandards zu honorieren und Planungssicherheit zu geben.

Die Böden sind viel zu trocken

Neben der Herkulesaufgabe Umbau der Tierhaltung fordern aber auch die Folgen der Klimakrise für die Landwirtschaft unsere volle Aufmerksamkeit: 2020 droht das dritte Dürrejahr in Folge zu werden. Ohne überdurchschnittliche Regenfälle in den nächsten Monaten ist das Wasserdefizit in tieferen Bodenschichten nicht zu beheben. Mehr als 245.000 Hektar Wald sind bereits den Folgen der Klimakrise zum Opfer gefallen.

Leider gibt es keine einfachen technischen Lösungen wie trockenheitsresistente Sorten oder Baumarten, um Resilienz gegenüber der Klimakrise zu erreichen. Was wir brauchen, sind robustere Agrarökosysteme: gesündere Böden mit mehr Humus binden mehr klimaschädlichen Kohlenstoff und können Wasser besser aufnehmen und speichern. Vielfältige Fruchtfolgen, Zwischenfruchtanbau, Hecken und Baumreihen schützen vor Erosion und Verdunstung. Die flächig vorhandenen Entwässerungen landwirtschaftlicher Flächen müssen neu überdacht werden.

Im Wald sind vielfältige naturnahe Ökosysteme eine Schlüsselstrategie, um Dürre, Stürmen, Bränden und Kalamitäten zu trotzen. Daher muss der Waldumbau weg von Nadelbaum-Monokulturen beschleunigt und mehr Biodiversität im Wald gezielt gefördert werden. Wie das gelingen kann, haben wir Anfang Mai in einem Antrag zur Dürrebekämpfung dargestellt und werden darüber mit Fachleuten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt in Dialog treten.

All diese Herausforderungen verdeutlichen eines: Untätigkeit und ein ‚Weiter so‘ in der Landwirtschaftspolitik darf es weder in Deutschland noch in Europa geben. Die GAP-Verhandlungen, die Umsetzung der F2F-Strategie, der Green Deal und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft bieten die einmalige Chance bereits heute die Weichen für eine nachhaltigere Landwirtschaft zu stellen. Nutzen wir sie! Geben wir den Landwirt*innen endlich die Planungssicherheit und die finanzielle Unterstützung, die sie brauchen für die Umstellung auf eine klimafeste und umweltfreundliche Landwirtschaft. Die Klöcknersche Problemverschleppung schadet am Ende allen.

MATTHIAS GASTEL

SPRECHER FÜR BAHNPOLITIK

WWW.MATTHIAS-GASTEL.DE

Tel. 030 / 227-74150, Fax 030 / 227-70150, matthias.gastel@bundestag.de

REGIONALBÜRO Aicher Straße 2 (Zugang über Rosenstraße), 70794 Filderstadt
Tel. 0711 / 99 72 61 40, matthias.gastel.ma04@bundestag.de

SCHLEPPENDER GÄUBAHN-AUSBAU

Manchmal freut man sich ja als Opposition über Angriffspunkte, die einem von Regierungsseite geboten werden. Wenn es um den Ausbau der Gäubahn geht, fühlt man sich mit seiner Kritik jedoch wie in einer Endlosschleife, weil man seit Jahren bemängeln muss, dass es kaum voran geht. Der Ausbau der in weiten Teilen eingleisigen Strecke zwischen Stuttgart und Singen (über Horb, Rottweil und Tuttlingen) war bereits im alten Bundesverkehrswegeplan enthalten und wurde vom Bundestag im Jahr 2016 bestätigt.

Vorgesehen sind sieben Einzelmaßnahmen, darunter die zweigleisigen Ausbauten von drei Abschnitten, der Neubau der Umfahrungskurve in Singen, die Blockverdichtung Singen – Gottmadingen sowie die durchgehende Herstellung eines güterzugtauglicheren Profils. Auf meine Nachfrage musste das Bundesverkehrsministerium einräumen, dass für drei der Maßnahmen noch nicht einmal mit den Planungen begonnen wurde. Dies gilt auch für das zweite Gleis zwischen Spaichingen, Rietheim und Wurmlingen und die Blockverdichtung.

Wirklich erkennbare Fortschritte gibt es beim zweiten Gleis zwischen Horb und Neckarhausen. Sollte dieses tatsächlich Ende 2023 in Betrieb gehen, so wäre dies nach langen Verzögerungen doch ein Teilerfolg für die Gäubahn. Die anderen Ausbaumaßnahmen befinden sich in frühen Planungsstadien, oder die Planungen sollen in den nächsten Wochen gestartet werden.

Wichtig für Personen- und Güterverkehr

Mit mehr zweigleisigen Abschnitten müssen Züge nicht mehr fahrplanmäßig aufeinander warten, Reisezeiten werden verkürzt, Verspätungen reduziert und Anschlüsse gesichert. Der Güterverkehr profitiert erheblich vom Bau der Singener Kurve, da sich Zeit und logistischer Aufwand durch den Entfall des Wendens in Singen einsparen lassen.

Ungeklärt: Einsatz von Neigetechnikzügen

Die bundeseigene Deutsche Bahn möchte keine Neigetechnik mehr einsetzen. Der Bund hat diese Zugtechnologie jedoch unterstellt, als er die zweigleisigen Begegnungsabschnitte platzierte. Zwei der drei Ausbauabschnitte hängen unmittelbar davon ab, ob Neigetechnik gefahren wird oder nicht. Hier muss endlich eine Klärung herbeigeführt werden!

Kaufprämie für Hybrid-Autos mit ökologischen Auflagen

Hybridautos erscheinen in der Theorie halbwegs vernünftig: Auf eher kürzeren Distanzen und innerstädtisch wird elektrisch gefahren, auf längeren Autobahnstrecken kommt der besseren Reichweite wegen der Verbrenner zum Einsatz. „Das Gute aus beiden Welten“ sei in den kombinierten Technologien vereint, betonen die Hersteller immer wieder. „Eine Übergangstechnologie“, sagen andere und lassen schon leise Zweifel an der Zukunftsfähigkeit erkennen. Die Realität sieht leider anders aus: Die elektrische Reichweite ist zumeist dürftig. Häufig werden die aufgrund von zwei Motoren sehr schweren Autos nie von außen elektrisch geladen und ausschließlich mit Verbrennungsmotor gefahren. Das sorgt für eine schlechte Umweltbilanz. Aus diesem Grund wollten wir die bestehende Kaufprämie für Hybridautos nicht auch noch aufgestockt haben.

Die Regierungskoalition hat sich aber genau darauf verständigt. Bei der genauen Definition der Förderbedingungen drängen wir nun zumindest auf klare Vorgaben. Die Reichweiten beider Antriebssysteme müssen sich zugunsten der E-Mobilität verändern.

AUF DIE SCHIENE
GUTE VERKEHRSKONZEPTE = MEHR LEBENSQUALITÄT

Denkbar ist auch eine Software, die in Städten ausschließlich einen elektrischen Betrieb zulässt. Beides macht aus dem Hybridauto noch längst keinen Umweltengel. Unter der Annahme, dass sich der verstärkte Kaufanreiz nicht mehr verhindern lässt, wäre dies ein pragmatischer Ansatz, um zumindest sicherzustellen, dass der Hybrid seine denkbaren Vorteile ausspielt. Im Vordergrund für uns Grüne steht selbstverständlich weiterhin, dass die Alternativen zum Auto wie der öffentliche Nahverkehr und das Fahrrad gestärkt werden …

Ideen für bessere S-Bahn in der Region Stuttgart

Wie kann das S-Bahn-Netz in der Region Stuttgart so weiter entwickelt werden, dass mehr Menschen vom Auto auf die Züge umsteigen? Damit hatte sich einer meiner studentischen Mitarbeiter zum Abschluss seines Verkehrsingenieurstudiums mit seiner Masterarbeit beschäftigt. Auf die Idee für sein Thema kam er, weil das S-Bahn-Netz seit seiner Eröffnung im Jahr 1978 immer weiter gewachsen ist, in seiner Grundstruktur aber nie verändert wurde.

Dass mit der bevorstehenden Inbetriebnahme der neuen Station Mittnachtstraße Fahrplananpassungen auf allen Linien erforderlich werden, könnte zum Anlass genommen werden, Linien neu zu ordnen und mehr umsteigefreie Verbindungen zu schaffen. Der junge Mann modellierte einige Dutzend neuer Linienvarianten und untersuchte deren Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen sowie den Straßenverkehr. In einer Variante wurde lediglich der Verlauf der Linien verändert, die S-Bahnen fuhren in der Summe aber in etwa gleich viele Kilometer wie heute. Ergebnis: 5.000 mehr Fahrgäste, minimal weniger Kilometer, die mit dem Auto zurückgelegt werden, aber etwas mehr Kurzstreckenfahrten mit dem Auto, weil dieses auf den freieren Straßen wieder häufiger genutzt wird. Eine weitere Variante geht von Ausweitungen der Angebote um ein Viertel aus.

Der Verlagerungseffekt auf die Schiene verstärkt sich um über 50.000 zusätzliche Fahrgäste. In weiteren Varianten werden Infrastruktur-Ausbauten wie beispielsweise die Reaktivierung stillgelegter Gleise und zusätzliche Bahnsteige unterstellt. Die Verkehrseffekte verstärken sich dadurch erheblich auf bis zu 146.000 zusätzliche Fahrgäste pro Tag, was einem Plus um ein Drittel gegenüber heute entspricht. Die mit dem Auto zurückgelegten Kilometer gehen um einen hoch klingenden Wert von über 400.000 Kilometer zurück. In Relation zur bisherigen Fahrleistung ist dies jedoch nur ein Prozent.

Die Ergebnisse der Modellierungen am Computer bestätigen damit, was aus der Praxis bekannt ist: Wer deutlich spürbare Verkehrsverlagerungen vom Auto auf die Schiene will, muss zweigleisig fahren: Die Angebote des öffentlichen Nahverkehrs attraktiv ausbauen und zugleich dem Auto einige Reize nehmen.

Sinnvoll sind beispielsweise die Reduzierung der Stellplätze insbesondere in der Stuttgarter Innenstadt und deren Umwandlung in Radwege, Spiel- und Grünflächen sowie der verstärkte Bau von Busspuren. Städte wie Wien und Zürich haben diese Doppelstrategie erfolgreich vorgeführt und damit die Lebensqualität der Menschen erhöht. Auch bei uns wären eine noch bessere Luftqualität, weniger Lärm und mehr Platz für schöne Dinge ein Riesengewinn. Eine Kurzfassung der Masterarbeit, die ich finanziell gefördert hatte, findet sich mitsamt einiger Linienpläne auf meiner Homepage. Mehr Infos über meine Arbeit findet Ihr auf meinen beiden Facebook-Seiten (eine davon ist eine spezielle „Verkehrswende-Seite“), auf Instagram und Twitter. Außerdem empfehle ich meine beiden Newsletter, die sich über meine Homepage www.matthias-gastel.de abonnieren lassen

SYLVIA KOTTING-UHL

VORSITZENDE DES AUSSCHUSSES
FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT

WWW.KOTTING-UHL.DE

Tel. 030 / 227-74740, Fax 030 / 227-76742, sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe
Tel. 0721 / 151 86 87, Fax 0721 / 151 86 90, sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT MUSS KLIMASCHUTZPRÄSIDENTSCHAFT WERDEN

Am 1. Juli 2020 hat Deutschland für ein halbes Jahr die Europäische Ratspräsidentschaft übernommen, in einer Zeit, in der die Welt mit drei existenziellen Krisen kämpft: der größten Gesundheitskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, der Weltwirtschaftskrise und der sich immer mehr zuspitzenden Klimakrise.

Die Bundesregierung hat kürzlich bei der Vorstellung ihrer Schwerpunkte für die Arbeit der kommenden sechs Monate angekündigt, die EU stärker, wettbewerbsfähiger, solidarischer und nachhaltiger zu machen. Dabei stehen allerdings die Bewältigung der Corona-Krise und der wirtschaftliche Wiederaufbau der EU im Zentrum der Aufmerksamkeit. So heißt es in dem Präsidentschaftsprogramm 1. Juli bis 31. Dezember: *„Nur wenn wir das Sars-CoV-2-Virus nachhaltig eindämmen, in die europäische Wirtschaft investieren, unser Innovationspotenzial ausschöpfen und den sozialen Zusammenhalt stärken, können die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten die Krise dauerhaft und wirksam überwinden.“*

Auch wenn das Virus derzeit alle anderen Themen scheinbar auf die Wartebank schiebt, verschärft sich zwischenzeitlich speziell die Klimakrise mit rasanter Geschwindigkeit. So kommen beispielsweise Forscher*innen der Universität Erlangen-Nürnberg in einer aktuellen Studie zu der Erkenntnis, dass die Gletscher der Alpen in den Jahren von 2000 bis 2014 etwa ein Sechstel ihres Eisvolumens verloren haben. Das entspricht einem Eisverlust von 1,3 Gigatonnen pro Jahr, wobei die Schweizer Alpen am schlimmsten betroffen sind. Die letzten vier Jahre waren weltweit die wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.

Die Jahrhundertsommer 2003 und 2018 mit tausenden Hitzetoten, verheerenden Waldbränden und anhaltenden Dürren zeigen deutlich, dass die Klimakrise auch bei uns längst Realität ist. An der Dringlichkeit, die Klimakrise zu bekämpfen, hat sich also nichts geändert: Ambitioniertes Handeln ist mehr denn je gefragt, denn die Erderhitzung nimmt dramatisch zu.

Green Deal weist Weg aus der Krise

Der von der EU-Kommission vorgeschlagene Green Deal weist dabei den Weg aus der aktuellen Wirtschafts- und Klimakrise. Er ist die Chance, jetzt in eine klimaneutrale, sozial gerechte und wirtschaftlich erfolgreiche Europäische Union zu investieren, in ein Europa, das unsere Gesundheit und natürlichen Ressourcen schützt und gleichzeitig zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft.

Die Bundesregierung muss diese Chance konsequent nutzen und die Umsetzung des Green Deal in der Zeit der Ratspräsidentschaft aktiv vorantreiben. Das heißt z. B., dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit zur Richtschnur für den Europäischen Wiederaufbaufonds (Next Generation EU Fund) werden müssen, damit in Zukunftsbranchen wie Digitalisierung, Erneuerbare Energien, Speichertechnologien, nachhaltige Mobilität, grüner Wasserstoff und CO_2-neutraler Stahl und Gebäude investiert wird und damit neue, sichere Arbeitsplätze in mittelständischen Betrieben geschaffen werden.

Darüber hinaus müssen im mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) mindestens 50 Prozent des Gesamtbudgets verbindlich für Klimaschutz ausgegeben werden, und im EU-Haushalt die Finanzierung des Green Deal insgesamt sichergestellt werden. Auch muss die EU im Rahmen des Green Deal ein Klimaschutzgesetz verabschieden, das die Verpflichtungen des Klimaschutzabkommens von Paris konsequent umsetzt, indem Europa seinen Ausstoß an Treibhausgasen bis 2030 um 65 Prozent reduziert.

GREEN DEAL
EINE CHANCE FÜR DIE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Dafür sollen jährliche CO_2-Budgets für die EU definiert werden. Teil des Klimaschutzgesetzes soll auch die Einrichtung eines unabhängigen wissenschaftlichen Gremiums „European Panel on Climate Change“ (EPCC) sein, das Fortschritte in einzelnen Sektoren auf Übereinstimmung mit in dem Gesetz festgelegten Zielen prüft und die Kommission verbindlich zum Handeln auffordern kann.

Alle EU-Investitionen auf ihre Klimarelevanz prüfen

Wir brauchen zudem einen europäischen Klimavorbehalt, anhand dessen alle Gesetzes- und Haushaltsvorschläge sowie sämtliche EU-Investitionen künftig auf ihre Klimarelevanz geprüft werden und sich an den Zielen des Pariser Abkommens orientieren müssen.

Die Bundesregierung muss die Präsidentschaft dafür nutzen, dass jetzt die Weichen gestellt werden, damit die weiteren Elemente des Green Deal, wie die Industriestrategie, die Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie und der Ausbau der Erneuerbaren Energien im Sinne des Klimaschutzes zu einem erfolgreichen Abschluss kommen. Das heißt, dass der Europäische Emissionshandel so fortgeschrieben wird, dass er im Einklang mit den Pariser Klimazielen steht und damit spätestens 2050 die Treibhausgasneutralität erreicht wird, sowie begleitend dazu ein Grenzausgleich geschaffen wird, der Importe aus Ländern außerhalb der EU ohne ein entsprechendes Klimaschutzregime mit einem entsprechenden Aufschlag versieht.

Vor dem Hintergrund der Treibhausgasneutralität müssen auch die europäischen Flottengrenzwerte für PKW und Nutzfahrzeuge fortgeschrieben, und es muss eine CO_2-Preiskomponente in der europäischen Energiesteuerrichtlinie verankert werden. Damit das gelingt, brauchen wir auch eine Gesetzesgrundlage für den Einstieg in eine ressourcenleichte, klimaneutrale und giftfreie Kreislaufwirtschaft, um die EU von globalen Lieferketten unabhängiger zu machen, die Entstehung von Abfall zu vermeiden und unsere natürlichen Ressourcen zu schonen.

Es ist Zeit, dass Deutschland in der EU endlich Verantwortung übernimmt, solidarisch handelt und die Umsetzung des Green Deals aktiv voranbringt. Die EU muss die Chance nutzen, mit dem Green Deal auch den internationalen Klimaschutz voranzutreiben und dem Pariser Klimaschutzabkommen neue Impulse zu geben.

Die Klimakrise immer wieder auf die Agenda heben

Die deutsche Ratspräsidentschaft ist der Lackmustest für eine solidarische Klimaschutzpolitik der Bundesregierung auf nationaler und europäischer Ebene.

In meiner Funktion als Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit werde ich die Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um die Klimakrise immer wieder auf die Agenda zu heben, sei es mit öffentlichen Anhörungen im Ausschuss oder im Zuge der Ausschussvorsitzenden-Konferenz „Für ein nachhaltiges und klimaneutrales Europa“ am 5. Oktober 2020.

CHRIS KÜHN

SPRECHER FÜR BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK

WWW.CHRISKUEHN.DE

Tel. 030 / 227-73097, Fax 030 / 227-76097, christian.kuehn@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Poststraße 2-4, 72072 Tübingen
Tel. 07071 / 9997958, christian.kuehn.ma04@bundestag.de

HEIßE LUFT IN DER KLIMAKRISE - DAS GEBÄUDEENERGIEGESETZ

Geschlagene fünf Jahre hat es gedauert, bis dem Parlament der lange versprochene Entwurf für ein Gebäudeenergiegesetz vorgelegt wurde. Doch das, was uns von der Großen Koalition nun im Juni als Ergebnis vorgelegt wurde, ist leider mehr als dünn und hat mit Klimaschutz nichts zu tun.

Den schlafenden Riesen wecken

Die Idee hinter dem Gebäudeenergiegesetz ist, ein aufeinander abgestimmtes Regelwerk für die energetischen Anforderungen an Neubauten, an Bestandsgebäuden und an den Einsatz Erneuerbarer Energien von Gebäuden zu schaffen. Es sollte die parallel laufenden Regeln des Energieeinsparrechts zusammenführen. Auslöser hierfür war vor allem die EU-Gebäuderichtlinie aus dem Jahr 2010, die den Niedrigstenergie-Standard für alle Neubauten einfordert.

Das ist sehr sinnvoll, denn der Gebäudesektor ist in seiner Bedeutung ein schlafender Riese im Kampf gegen die Klimakrise. Die Gebäude in Deutschland sind laut dem Umweltbundesamt für rund 35 Prozent des Endenergieverbrauchs und 30 Prozent der CO_2-Emissionen verantwortlich. Wer es ernst meint mit Klimaschutz, kommt um ambitionierte Regeln für zukunftsfähige Gebäude nicht herum. Doch wie wollen wir einen klimaneutralen Gebäudebestand bis 2050 erreichen, wenn für Neubauten bis mindestens 2023 lediglich der KfW-Standard 70 erfüllt werden muss? Dabei wurde das erste Passivhaus Deutschlands bereits im Jahr 1991 realisiert. Dreißig Jahre später kommt die Bundesregierung nun mit einem Gesetz um die Ecke, das weit von diesem Standard und den Pariser Zielen entfernt ist.
So nimmt die Bundesregierung sehenden Auges unnötige Sanierungserfordernisse in den nächsten Jahren in Kauf, die dann von den Wohnungseigentümer*innen und Mieter*innen finanziell gestemmt werden müssen. Dies ist nicht nachhaltig und auch unsozial und teuer.
Apropos Kosten: Immer wieder wird behauptet, dass gute Effizienzstandards das Bauen in Deutschland teuer machen würden. Fakt ist jedoch, dass die wahnwitzige Bodenspekulation der Treiber Nummer Eins bei den Baukosten ist. Doch das Thema geht die Koalition nicht richtig an. Zu allem, was hier Abhilfe schaffen könnte, wie Planwertabgaben, Vorkaufsrechte oder Baugebote, legt sie nichts Substanzielles vor.

Urbane Energiewende gefährdet

Zusammen mit dem Beschluss zum Gebäudeenergiegesetz haben Union und SPD bei der Photovoltaik und Windkraft noch einige Änderungen im Bereich der Erneuerbaren Energien durchgesetzt. Doch auch hier gibt es keine Verbesserungen, die uns in der Klimakrise wirklich weiterhelfen. Dafür, dass sie nun endlich die Finger vom Solardeckel lässt, feiert sich die GroKo tatsächlich auch noch ab. Dabei beseitigt sie nur eine selbst geschaffene Ausbau-Hürde. Das ist natürlich richtig, aber der Kollateralschaden in der heimischen Solarbranche in Form von mangelnder Investitionssicherheit und wegfallenden Arbeitsplätzen war in den letzten Jahren groß. Mit der Förderung von sauberer Energie oder Klimaschutz hat dies erstmal nicht viel zu tun.

Während bei der Photovoltaik wenigstens keine weitere Verschlimmerung stattfindet, öffnet die

KLIMA SCHÜTZEN MIT KLUGEM WOHNUNGSBAU

Bundesregierung bei der Windenergie mit ihrer Länderöffnungsklausel die Büchse der Pandora. Pauschal drohen nun tausend Meter Abstand zur nächsten Wohnbebauung im ganzen Land zum Standard zu werden. De facto wird es jedoch zunächst einfach Windsperrzonen und einen Flickenteppich an Regelungen in Deutschland geben. Das hat weder etwas mit Klimaschutz noch mit Investitionssicherheit in Deutschland zu tun.

Windsperrzonen boykottieren außerdem die urbane Energiewende. Die GroKo ignoriert völlig die Frage, mit welchem erneuerbaren Strom denn die Wärmepumpe, die Brennstoffzelle oder das E-Auto in Zukunft funktionieren sollen. Es ist doch gerade der zusätzliche Windstrom, den wir brauchen für die urbane Energiewende.

Die Krone der Absurdität setzt die GroKo alldem allerdings damit auf, dass sie die Uralt-Technologie der Ölheizung mit dem Gebäudeenergiegesetz noch bis in die übernächste Wahlperiode hinüberretten will. Doch was wir brauchen, sind mehr Erneuerbare im Land und nicht mehr Ölheizungen in den deutschen Kellern. Selbst Kolleg*innen der Union gaben im Gesetzgebungsprozess in ihren Reden zu, dass dieses Gesetz noch reichlich Luft nach oben hätte. Leider konnten diese Stimmen der Vernunft sich nicht gegen die Betonköpfe durchsetzen.

Leerstelle beim Wohnen im Konjunkturpaket

Eine andere Großchance für eine bessere Bau- und Wohnungspolitik hat die Bundesregierung gerade grandios verstreichen lassen. In ihrem zweiten Konjunkturpaket findet sich zu diesem zentralen Thema, anders als von Finanzminister Scholz behauptet, leider überhaupt kein „Wumms“. Bezahlbares Wohnen als große soziale Frage unserer Zeit findet in dem Paket überhaupt nicht statt. Schon vor der Corona-Krise hätte es angesichts von Mietenexplosionen, Sozialwohnungsschwund und Wohnkostenüberlastung genug Gründe gegeben, hier ordentlich in gemeinnützigen und sozialen Wohnraum zu investieren.

Durch die Pandemie verschärft sich die Wohnungssituation für Millionen Mieter*innen in Kurzarbeit und hunderttausende Soloselbstständige zusätzlich. Doch die Bundesregierung steuert mit dem Konjunkturpaket hier nicht gegen. Stattdessen verzichtet sie übrigens auch noch auf die Fortführung des Mieten-Moratoriums bis wenigstens September, um Menschen zumindest in der Hochphase der Krise vor Wohnungsverlust zu schützen.

Beim Klimaschutz im Gebäudesektor könnte die GroKo mit dem Konjunkturpaket für einen Ausgleich zum dünnen Gebäudeenergiegesetz sorgen. Doch von 130 Milliarden Euro ist gerade einmal eine Milliarde für die energetische Sanierung im Gebäudebereich vorgesehen. Das reicht einfach nicht aus und ist angesichts der Aufgabe lächerlich wenig. Wir bräuchten 25 Milliarden Euro pro Jahr, um die Energiewende im Gebäudebereich Paris-kompatibel auszurichten. Dies drückt den Stellenwert aus, den Klimaschutz und Wohnungspolitik bei Union und SPD genießen.

Die nationale Städtebauförderung geht ebenfalls leer aus. Dabei wäre auch diese ein guter Konjunkturhebel in Corona-Zeiten gewesen. Für Länder und Kommunen, denen gerade Steuereinnahmen in beispiellosem Ausmaß wegbrechen, wäre jetzt eine helfende Hand des Bundes notwendig.

Doch statt mutigen wirksamen Gesetzen und mutigen Investitionen produziert die Koalition bei Bauen, Wohnen und Gebäudeenergie nur heiße Luft - in Zeiten eines überhitzten Klimas.

BEATE MÜLLER-GEMMEKE

SPRECHERIN FÜR ARBEITNEHMERINNENRECHTE UND AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK

WWW.MUELLER-GEMMEKE.DE

Tel. 030 / 227-73041 Fax 030 / 227-76041 beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gartenstraße 18, 72764 Reutlingen

Tel. 07121 / 9092411, Fax 07121 / 9943186, beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

FLEISCHINDUSTRIE, ENTSENDUNGEN UND MINDESTLOHN - HIER MUSS ES FAIRER UND GERECHTER ZUGEHEN

Manches ist schon schwer zu ertragen. Da haben wir zu Beginn der Corona-Pandemie alle den Menschen applaudiert, die unser Leben am Laufen halten, egal, ob als Pflegerinnen oder Krankenschwestern, als Supermarktverkäuferinnen oder Beschäftigte in der Lebensmittelproduktion, und kaum wird das Leben in Zeiten von Corona wieder normaler, fallen diese Menschen, die wenig verdienen, schon wieder durch den Rost. Unter den unmenschlichen Arbeitsbedingungen in der Fleischbranche infizieren sich Beschäftigte mit dem Covid-19-Virus. Entsandte Beschäftigte, wie sie etwa in der Pflege oder Logistik arbeiten, haben nicht viel von der Umsetzung der europäischen Entsenderichtlinie. Und aufgrund von Corona wurden immer mehr Stimmen laut, die meinen, der Mindestlohn sollte dieses Jahr nicht erhöht werden.

Doch der Reihe nach: Im April infizierten sich die ersten Beschäftigten in Unternehmen der Fleischindustrie. Es folgten weitere Schlachthöfe, und im Juni sorgte der bislang größte Corona-Ausbruch bei Tönnies in Rheda-Wiedenbrück sogar für einen erneuten Lockdown. Von den 7000 Beschäftigten der Firma wurden 1553 positiv getestet, die meisten von ihnen kamen aus der Abteilung Fleischzerteilung. Damit wurde der umsatzstärkste und auch nach Zahl der Schlachtungen mit Abstand größte Fleischproduzent in Deutschland zum absoluten Corona-Hot-Spot. Und das beschäftigte auch den Bundestag in seiner letzten Sitzung vor der sitzungsfreien Zeit. In einer konzertierten Aktion luden wir Grünen die drei Minister*innen für Arbeit, Landwirtschaft und Gesundheit in die jeweiligen Ausschüsse, damit sie uns Rede und Antwort stehen. Wir schrieben einen gemeinsamen Brief an Landwirtschaftsministerin Klöckner. Im Plenum wurde mein Antrag zur Fleischbranche debattiert.

Und zeitgleich habe ich eine Kleine Anfrage zum Thema gestellt, auf deren Antwort ich gespannt bin. Denn die meisten Beschäftigten der Fleischindustrie werden von einem Geflecht aus Subunternehmen mit Werkverträgen in die Schlachthöfe geschickt. In Zeiten der Corona-Pandemie führen diese Subunternehmerketten dazu, dass die Gesundheitsämter kaum feststellen können, wer in einem Schlachtbetrieb überhaupt arbeitet. Offensichtlich weiß die Fleischindustrie selbst nicht so genau, wen sie gerade über Subunternehmen ausbeutet.

System Werkverträge in der Fleischbranche beenden

Die Corona-Krise legt wie ein Brennglas die menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen der oft osteuropäischen Beschäftigten in der Fleischindustrie offen. Die Arbeitszeiten sind viel zu lang, Akkordarbeit findet auf engstem Raum statt, Überstunden werden nicht bezahlt. Gearbeitet wird zu Billiglöhnen. Das Produktionstempo ist hoch. Gleichzeitig sind die Beschäftigten meist in schlechten Unterkünften untergebracht. Acht oder zehn von ihnen teilen sich auf engstem Raum Schlafgelegenheiten, und oft müssen sie für die überbelegten Wohnungen überteuerte Mieten zahlen.

Diese extreme Ausbeutung ist seit Jahren bekannt. Doch die Bundesregierung setzte bisher bei der Branche auf Freiwilligkeit. Die Zeit der freiwilligen Selbstverpflichtung ist jetzt allerdings endgültig vorbei. In unserem Antrag fordern wir, dass die Beschäftigten im Kernbereich der Fleischbranche direkt angestellt werden müssen. Werkverträge und Leiharbeit darf es beim Schlachten und Zerlegen nicht mehr geben. Notwendig ist auch eine Generalunternehmerhaftung beim Arbeitsschutz. Und wir fordern, dass es die Kontrollen von Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsschutz zukünftig durch eine Arbeitsinspektion aus einer Hand gibt.

GERECHTER LOHN
NEUSTART FÜR FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN NUTZEN

Nicht nur das Fleisch hat seinen Preis, sondern auch die Arbeit der Beschäftigten.

Entgeltgleichheit muss auch für entsandte Beschäftigte gelten

Kurz vor der Sommerpause haben wir außerdem endlich die europäische Entsenderichtlinie in nationales Recht umgesetzt. Diese Entsenderichtlinie sieht vor, dass Beschäftigte, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat als ihrem Herkunftsland eine Dienstleistung erbringen, in Zukunft nicht nur vom Mindestlohn, sondern auch von Tarifverträgen profitieren und rechtssicheren Anspruch auf Zulagen für Reise, Unterkunft und Verpflegung erhalten sollen.

Doch die Umsetzung der Richtlinie lässt einiges zu wünschen übrig. Wir haben daher mit zwei Änderungsanträgen das Vorgehen der Bundesregierung kritisiert. Denn nach dem neuen Gesetz können künftig nur bundesweite Tarifverträge für entsandte Beschäftigte allgemeinverbindlich erklärt werden. Damit werden regionale Tarifverträge ausgeschlossen, obwohl es in Deutschland kaum bundesweite, sondern vor allem regionale Tarifverträge gibt. Diese Regelung bleibt weit hinter der europäischen Richtlinie zurück. Außerdem spricht die europäische Entsenderichtlinie ganz eindeutig von gleicher Entlohnung. Im jetzigen Gesetz aber gibt es wieder Mindestentgeltsätze und darüber hinausgehende Entgeltbestandteile. Tarifverträge für entsandte Beschäftigte sind außerdem auf drei Stufen begrenzt. Diese drei Stufen schränken die Tarifpartner ohne Not ein. Auf diese Weise gerät sogar ein guter Tarifvertrag für die Pflege in Gefahr, wie er im letzten Herbst mit dem Pflegelöhneverbesserungsgesetz überhaupt erst ermöglicht wurde.

Bei der Umsetzung wurde eine Chance verpasst. Und doch gibt es auch Verbesserungen. Wichtig ist insbesondere, dass die Beratung durch das DGB-Projekt „Faire Mobilität“ endlich dauerhaft finanziert wird. Deshalb haben wir, bei aller Kritik, dem Gesetzentwurf am Ende zugestimmt. Für das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ werden wir aber weiterhin streiten.

Mindestlohn muss deutlich erhöht werden

Es ist noch nicht lange her, da diskutierten wir darüber, dass eine kräftige Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns mehr als überfällig ist. Doch mit der Corona-Pandemie geriet diese Diskussion plötzlich in Vergessenheit. Stattdessen wurden Rufe laut, eine Erhöhung des Mindestlohnes sei doch in Zeiten von Wirtschaftseinbruch und drohender Arbeitslosigkeit völlig kontraproduktiv. Es ist gut, dass die Versuche von Arbeitgeberverbänden und Teilen der Union, vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie den gesetzlichen Mindestlohn nicht zu erhöhen, bei der Mindestlohnkommission weitestgehend auf taube Ohren gestoßen sind. Zufrieden sind wir mit dem Ergebnis aber dennoch nicht. Denn nach zunächst winzigen Erhöhungen um Centbeträge erreicht der Mindestlohn erst in zwei Jahren die Höhe von 10,45 Euro. Die Erhöhung kommt spät und ist zu wenig.

Viele der Menschen, die unser Land in Zeiten von Corona zusammenhalten, leben von diesem Mindestlohn. Außerdem ist der Mindestlohn eine Frage der Gerechtigkeit. Er muss die Beschäftigten vor Lohndumping schützen und die Unternehmen vor Schmutzkonkurrenz. Und vor allem muss der Mindestlohn eines leisten: Er muss die Menschen vor Armut schützen. Aber genau das ist weiterhin nicht der Fall. Der Mindestlohn muss daher deutlich erhöht werden. Er muss schrittweise, aber dennoch so schnell wie möglich, auf 12 Euro erhöht werden. Das wäre jetzt in Zeiten von Corona auch ökonomisch sinnvoll, denn die Erhöhung des Mindestlohns stärkt die Nachfrage, und das wäre ein positiver Impuls für die Wirtschaft.

CEM ÖZDEMIR

VORSITZENDER DES AUSSCHUSSES
FÜR VERKEHR UND DIGITALE INFRASTRUKTUR

WWW.OEZDEMIR.DE

Tel. 030 / 227-75070, Fax 030 / 227-76069, cem.oezdemir@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Königstrasse 78, 70173 Stuttgart
Tel. 0711 / 65 83 29 00, Fax 0711 / 65 83 29 01, cem.oezdemir.wk@bundestag.de

VERKEHRSWENDE IM GÜTERVERKEHR - DIE SCHIENE ALS RÜCKGRAT EINER KLIMAGERECHTEN LOGISTIK

Der Corona-Krise kann ich beim besten Willen nichts Gutes abgewinnen.
Es ist für niemanden eine gute Nachricht, auch nicht für uns Grüne, wenn Flugzeuge am Boden bleiben, Autofabriken auf Produkte aus Italien und Spanien warten, und Züge halb leer durchs Land fahren. Dennoch kann man aus Krisen lernen, und es wäre unklug, es nicht zu tun. Neben dem verdienten Lob für die Heldinnen und Helden im Gesundheitssystem, der Pflege und vielen anderen systemrelevanten Bereichen hat die Corona-Krise auch Licht auf diejenigen geworfen, die sonst oft im Hintergrund die Räder am Rollen halten und dafür sorgen, dass die Regale bei uns voll bleiben.

Die LKW-Fahrer*innen, die Seeleute und natürlich die Lokführerinnen und Lokführer. Die Bedeutung der Logistik- und Transportbranche wurde uns wie selten zuvor vor Augen geführt. Und dieses bisher eher ungewohnte Spotlight fällt zurecht auf die Logistikbranche. Ohne sie wären die Regale leer, ohne sie bekämen wir keine Schutzkleidung oder Masken ins Land. Und das neugewonnene Bewusstsein für die Leistung der Logistik können wir in der Verkehrspolitik auch nutzen, um diesem Bereich den Rücken zu stärken. Auch der Güterverkehr auf der Schiene hat sich in der Corona-Krise als systemrelevant erwiesen. In der Hochphase der Krise war es der Schienengüterverkehr, der als einziger Verkehrsträger ohne Probleme weiterhin grenzüberschreitend für die Versorgung gesorgt hat, während die LKWs in kilometerlangen Schlangen vor den wieder hochgefahrenen Grenzen im Stau stehen mussten. Der Schienengüterverkehr ist eine Säule der Versorgung in und außerhalb der Corona-Krise. Und er ist Teil der Lösung in der zweiten Krise, in der wir uns befinden und die uns sicher noch viel länger beschäftigen wird: der Klimakrise.

Deswegen fordern wir Grüne schon lange: Mehr Güter auf die Schiene! Aber wie? Das habe ich mir in einem zweitägigen Praktikum bei DB Cargo in Kornwestheim in meinem Betreuungswahlkreis Ludwigsburg ganz genau angeschaut.

Die Arbeitsbereiche sind vielfältig: Rangieren, Kuppeln, Wagenuntersuchung mit dem Wagenmeister, Güterwageninstandhaltung, Containerterminal – so viele Arbeiten greifen ineinander, damit Güterzüge durch Europa rollen. Wahnsinn, was hier umgeschlagen wird. Die schiere Größe der Anlage ist nachhaltig beeindruckend. Der Rangierbahnhof in Kornwestheim zeigt dabei aber auch sehr eindrucksvoll, wo die großen Baustellen sind, die die Politik in Sachen Modernisierung der Schiene noch zu lösen hat.

Riesiger Investitionsbedarf

Neben fast schon musealen mechanischen Stellwerken, deren Seilzüge seit Baujahr 1914 zuverlässig ihren Dienst verrichten, ist auch das Abbremsen rollender Güterwaggons mittels schwerer Hemmschuhe, die auf die Schienen gelegt werden, echte Handarbeit. Hammer Respekt für die Kolleginnen und Kollegen, die den Job machen. Da braucht es kein Fitnessstudio mehr. Die Schattenseite der schweren Arbeit: Gerade in einer industriestarken Region wie Stuttgart wird es immer mehr zu einem schwierigen Kraftakt, Mitarbeiter*innen für diese körperlich herausfordernde Arbeit zu gewinnen und zu halten, trotz des guten Aus- und Weiterbildungsangebots der Deutschen Bahn. Zu den anstrengenden Handarbeiten gehört auch das Ver- und Entkuppeln der einzelnen Güterwaggons. Das müsste nicht so sein. Und jetzt konnte ich auch selbst spüren, wieso ich seit Beginn meiner Arbeit als Ausschussvorsitzender für Verkehr und digitale Infrastruktur von so gut wie jeder Bahnerin und jedem Bahner, den Eisenbahnfreaks und Pufferküssern gleichermaßen mit enormer Leidenschaft auf die sogenannte „Digitale automatische Kupplung“, kurz DAK, angesprochen werde.

LOGISTIKBRANCHE ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN

Anfangs hielt ich das eher für ein Nischenthema, aber wenn ich mir dann anschaue, dass praktisch seit Anbeginn des Eisenbahnzeitalters in Europa mit der Hand gekuppelt wird und sich dabei bei uns immer noch nicht viel getan hat, dann macht das den dringenden Modernisierungsbedarf deutlich. Die bis heute gebräuchliche Schraubenkuppelung ist quasi das Sinnbild für den gravierenden Investitionsstau im Eisenbahnsektor. Und wir sollten so langsam mal dafür sorgen, dass diese Schraubenkupplung ins Eisenbahnermuseum kommt und dort ihren wohlverdienten Ruhestand feiert. Die DAK würde die Arbeit leichter, kostengünstiger, effizienter und sicherer machen. Das System könnte ein echter Game-Changer für den Schienengüterverkehr sein. Voraussetzung ist aber, dass es in ganz Europa eingeführt wird. Insellösungen bringen hier wenig. Und so gab man mir auch mit, dass das ein guter Punkt ist für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Klingt nerdig, ist aber wichtig, und ich bin froh, dass das viele Kolleginnen und Kollegen quer durch die demokratischen Parteien auch so sehen.

Im Containerterminal der Deutschen Umschlaggesellschaft Straße-Schiene (DUSS) werden Container mittels hoher Kräne von LKW auf die Schiene umgeschlagen. Einen Container bewegen durfte ich als Praktikant zwar nicht – aber das Kranfahren war auch so ein unvergessliches Erlebnis. Am Containerterminal zeigt sich deutlich, welche enormen Potenziale im kombinierten Güterverkehr, also im Zusammenspiel Schiene und Straße, liegen. Aber auch hier ist die Politik gefragt, die Potentiale der Schiene tatsächlich zu heben. Noch viel mehr als im Personenverkehr geht es beim Güterverkehr vor allem um den Preis. Solange klimafreundliches Verhalten teurer ist als klimaschädliches, wird die Verlagerung auf die Schiene nicht wesentlich voranschreiten. Auch hier ist die Politik gefragt. Wir brauchen kluge Anreize, damit es sich für Logistikunternehmen lohnt, die Güter mit LKWs zu Umschlagbahnhöfen zu fahren, damit sie ab da mit der Schiene weiter transportiert werden.

Union und SPD haben daran aber zurzeit offenbar wenig Interesse. Statt die Schiene zu stärken, hat die Bundesregierung inmitten der Corona-Krise im Eilverfahren eine Mautbefreiung für Gas-LKW verlängert, sprich: die Straße noch billiger gemacht. Besser wäre es, den Logistikunternehmen entgegenzukommen, die auf den klimafreundlicheren kombinierten Verkehr setzen, indem wir zum Beispiel LKW von der Straßenmaut befreien, die nur den Vor- und Nachlauf zur Schiene leisten. Und wir müssen den Einzelwagenverkehr stärker fördern, damit sich auch der Umschlag von Waren in einzelnen Waggons oder Containern wieder lohnt.

Eisenbahn ist Mannschaftssport

Begleitet wurde ich an beiden Tagen von Dr. Sigrid Nikutta, Vorstandsvorsitzende der DB Cargo. Sie packt beide Tage in Kornwestheim tatkräftig mit an und lässt keine Gelegenheit aus, die Marschrichtung vorzugeben. Hier, am Terminal, dürfen ruhig noch viel mehr Container rollen. Eisenbahn ist Mannschaftssport. Deswegen müssen wir bei allen ambitionierten Maßnahmen der Eisenbahn die Beschäftigten mitnehmen.

Im Gespräch mit Arbeitnehmervertreter*innen sagt mir ein Kollege in Bezug auf den Schienengüterverkehr: „Ich habe das Gefühl, dass man sich als Unternehmen, das Güter auf der Schiene transportieren lassen will, den Luxus Umweltschutz leisten können muss. Das kann doch nicht sein!“ Recht hat er! Wer den nachhaltigen Güterverkehr stärken will, der muss Wettbewerbsgleichheit zwischen Verkehrsträgern gewährleisten und Nachhaltigkeit im Geschäftsmodell belohnen. Dafür müssen die Trassenpreise für Bahnunternehmen gesenkt, die CO_2-Emissionen bepreist und die LKW-Maut erhöht werden. Gewusst wie wichtig das ist, habe ich schon lange. Jetzt durfte ich es auch – im wahrsten Sinne des Wortes – „erfahren“.

CHARLOTTE SCHNEIDEWIND-HARTNAGEL

MITGLIED IM FAMILIENAUSSCHUSS UND IN DER KINDERKOMMISSION

WWW.CHARLOTTE-SCHNEIDEWIND.DE

Tel. 030 / 227- 75005, Fax 030 / 227- 70006, charlotte.schneidewind-hartnagel@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gartenweg 10, 74821 Mosbach
WAHLKREISBÜRO Obere Mauergasse 60, 97980 Bad Mergentheim
charlotte-schneidewind-hartnagel.wk@bundestag.de

EINE POLITIK FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG, DIE ALLEINERZIEHENDE VERDIENEN

Familienmodelle sind längst vielfältiger als Mutter-Vater-Kind. In jeder fünften Familie leben Kinder allein mit einem Elternteil. In neun von zehn Fällen wachsen sie bei ihrer Mutter auf. Das ergibt knapp 1,5 Millionen Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern in Deutschland, und jährlich werden es rund 300.000 mehr. Alleinerziehende sind keine Ausnahme mehr. Wie viel sie jeden Tag leisten, ist in der Corona-Krise besonders sichtbar geworden. Um die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse in der Politik ist es jedoch schlecht bestellt: Ihr Armutsrisiko ist viermal höher als das der meisten Paarfamilien mit Kindern. Gegen diese Benachteiligung setzen wir Grüne uns schon sehr lange ein und haben viele Ideen und Lösungen entwickelt. Und wir denken über neue Wege nach. Für einen Beschluss der Bundestagsfraktion habe ich den Stand unserer Positionen zusammengetragen.

Oft am Limit – kräftemäßig und finanziell

Schon vor Corona waren viele Alleinerziehende am Limit – kräftemäßig und finanziell. Sie sind an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr im Einsatz. Jeder Anruf aus der Kita, jeder Impftermin und jeder Elternabend können den Alltag durcheinanderwirbeln. Manche kümmern sich obendrein um pflegebedürftige Angehörige. Manche Alleinerziehende betreuen ein Kind mit Behinderungen. Die Familie finanziell abzusichern, stellt für viele eine Herausforderung dar. Obwohl alleinerziehende Frauen in einem größeren Umfang erwerbstätig sind als Mütter in Paarfamilien, bleibt oft kein Geld für einen Urlaub. Eine kaputte Waschmaschine kann schnell das Budget sprengen. Armut hat weitreichende Folgen: Sie beeinträchtigt Gesundheit, Bildung und die Möglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt. Armut schafft Ungerechtigkeiten und verbaut Zukunftschancen.

Würde und Teilhabe

Für Alleinerziehende und ihre Kinder sind staatliche Leistungen oft besonders wichtig. Von den rund 1,9 Millionen Kindern im Hartz IV-Bezug lebt jedes zweite Kind bei einem alleinerziehenden Elternteil. Doch die Regelsätze reichen kaum zum Leben. Kindergelderhöhungen verpuffen oft, weil das Kindergeld im Unterhaltsvorschuss und im Arbeitslosengeld II voll angerechnet wird. Der Entlastungsbetrag entlastet nur die mit höherem Einkommen spürbar. Alleinerziehende fallen zu oft durch das Raster der Familienförderung. Diese muss endlich Alleinerziehende und ihre Kinder in den Blick nehmen, und es ihnen erleichtern, Erwerbsarbeit und Familie unter einen Hut zu bekommen.

Drei Handlungsfelder

In drei Bereichen streben wir spürbare Verbesserungen an: bei der Armutsbekämpfung, bei familienfreundlichen Arbeitsbedingungen und bei der Kinderbetreuung. Wir haben zahlreiche Forderungen formuliert, von denen ich hier einige aufführe:

1. **Armut bekämpfen**

• Im Kampf gegen Kinderarmut setzen wir mit der Kindergrundsicherung auf eine grundlegende Reform des Fördersystems. So wollen wir faire Chancen auf einen guten Start ins Leben gewährleisten – unkompliziert, unbürokratisch und unabhängig vom Einkommen der Eltern.

• Der Entlastungsbetrag wird jetzt im Rahmen des Konjunkturpaketes der Regierung für zwei Jahre verdoppelt – doch er entlastet Geringverdienende kaum. Wir sind für eine Steuergutschrift, die alle Alleinerziehenden in gleicher Höhe von der Steuerschuld abziehen können. Und das fordern wir dauerhaft, denn Alleinerziehende tragen nicht nur in Corona-Zeiten eine höhere Last.

• Wir wollen eine gerechte Steuerpolitik, die Familien statt Ehen fördert und die der Erwerbstätigkeit von

ALLEINERZIEHENDE BRAUCHEN UNSERE UNTERSTÜTZUNG

Frauen keine Steine in den Weg legt. Für neu geschlossene Ehen wollen wir das Ehegattensplitting durch eine individuelle Besteuerung ersetzen und die Steuerklasse V abschaffen.

• Viele Alleinerziehende müssen von viel zu niedrigen Regelsätzen leben. Wir wollen das korrigieren und die Grundsicherung durch eine Garantiesicherung ersetzen, die gesellschaftliche, kulturelle, politische und auch digitale Teilhabe garantiert.

• Sanktionen auf Hartz IV-Leistungen müssen vollständig abgeschafft werden. Alleinerziehende brauchen stattdessen individuelle Beratung und Unterstützung.

• Wir müssen das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften hinter uns lassen und zu individuellen Leistungen übergehen, um die Benachteiligung Alleinerziehender zu verringern.

• Alleinerziehende haben es am Wohnungsmarkt oft schwer. Ihr Menschenrecht auf Wohnen darf nicht zum Spielball des Marktes werden. Wir wollen massiv in den sozialen Wohnungsbau investieren, eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen und den Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter deutlich verbessern.

• Das hohe Aufgabenpensum und die oft schwierige finanzielle Situation beeinträchtigen die Gesundheit von Alleinerziehenden. Die Krankenkassen müssen Leistungen zu Prävention und Gesundheitsförderung stärker an den Bedarfen von Alleinerziehenden ausrichten.

2. Bessere Erwerbsarbeits- und Ausbildungsbedingungen

• Alleinerziehende brauchen Erwerbsarbeit mit fairen Löhnen, die Armut verhindern und Teilhabe ermöglichen. Dafür wollen wir die Mindestlohnkommission reformieren und gesetzlich verankern, dass der Mindestlohn vor Armut schützen muss. Wir streben die schnellstmögliche Anhebung auf 12 Euro und bessere Möglichkeiten dafür an, Tarifverträge für ganze Branchen allgemeinverbindlich zu erklären.

• Minijobs wollen wir in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umwandeln, damit (zusätzliche) Erwerbstätigkeit auch zu einem spürbar höheren Einkommen führt.

• Alleinerziehende brauchen mehr Spielräume bei der Gestaltung von Arbeitszeit und -ort. Wir setzen uns für das Recht ein, die Lage der eigenen Arbeitszeit mitzubestimmen. Außerdem fordern wir das Recht auf Homeoffice und mobiles Arbeiten – mit klaren Regeln gegen Mehrarbeit und Entgrenzung.

• Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung müssen mit der Situation von Alleinerziehenden vereinbar sein. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und die Gewährleistung von Weiterbildungsteilzeit.

3. Betreuungsangebote zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf

• Erwerbsarbeit ist für Eltern nur möglich, wenn die Kinderbetreuung gesichert ist. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung für alle Kinder bis zum Ende der Grundschulzeit, inklusive einer gesetzlich gesicherten, hohen Qualität der Angebote.

• Die Angebote der öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung sowie der Kindertagespflege müssen den Bedürfnissen berufstätiger Eltern und ihrer Kinder entsprechen – und für all das braucht es qualifiziertes Personal.

• Alleinerziehende brauchen ein flexibles Betreuungsangebot in Randzeiten, am Wochenende, in den Ferien und an Kita-Schließtagen.

Statt auf Einmalmaßnahmen setzen wir auf grundlegende Veränderungen, um Alleinerziehende zu stärken. Für sie, die besonders viel leisten und viel zu häufig aus dem Blick geraten, wollen wir mit nachhaltigen Lösungen ihre Lebenslagen verbessern. Alleinerziehende verdienen eine bessere Unterstützung – wir können und wir müssen sehr viel mehr für sie tun.

MARGIT STUMPP

SPRECHERIN FÜR BILDUNGS- UND MEDIENPOLITIK & DIGITALE INFRASTRUKTUR

WWW.MARGIT-STUMPP.DE Tel. 030 / 227-77236, margit.stumpp@bundestag.de

WAHLKREISBÜROS **1.** Schnaitheimer Str. 40, 89520 Heidenheim an der Brenz, Tel. 07321 / 3530924, margit.stumpp.ma03@bundestag.de

2. Umwelthaus Aalen, Gmünder Str. 9, 73430 Aalen, Tel. 0151 / 50768901, margit.stumpp.ma05@bundestag.de

DIE CORONA-KRISE ALS FEUERPROBE FÜR DIGITALE INFRASTRUKTUR UND MEDIEN

Die Corona-Pandemie hat schmerzlich deutlich gemacht, dass die Menschen nur mit schnellem und verlässlichem Internet am digitalisierten Leben zwischen Homeoffice, Heimunterricht, digitalen Verwaltungen und privaten Kontakten teilhaben können. Die aktuelle Lage zeigt: Dieses schnelle und verlässliche Internet ist in Deutschland nicht flächendeckend gegeben. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, eine flächendeckende, sichere und nicht diskriminierende Vernetzung und damit Teilhabe und Chancengerechtigkeit für alle Menschen zu ermöglichen. Besonders im ländlichen Raum lässt die Verfügbarkeit von Breitbandinternetzugängen zu wünschen übrig: Nur 64,1 Prozent der Haushalte haben dort einen Internetzugang mit mindestens 50 Mbit/s zur Verfügung, wie die Zahlen des letzten Breitbandatlas von 2019 zeigen. Gerade einmal 34,1 Prozent der Haushalte in Deutschland können einen Breitbandzugang mit mindestens 1 GB/s nutzen. Auf dem Land sind es sogar nur 9,8 Prozent.

Digitale Teilhabe für alle

Es wird allerhöchste Zeit, die digitale Infrastruktur krisen- und zukunftsfest aufzustellen und allen Verbraucherinnen und Verbrauchern ein Recht auf schnelles Internet zu geben. Als Grüne Bundestagsfraktion setzen wir uns seit Jahren für einen Rechtsanspruch auf schnelles Internet im Rahmen der Universaldienstverpflichtung ein. Die Bundesregierung hielt einen Universaldienst stets für unnötig, da laut Koalitionsvertrag flächendeckend Gigabit-Netze bis 2025 verfügbar sein sollen. Wenn der Ausbau weiterhin so schleppend wie bisher läuft, wird das ein frommer Wunsch bleiben. Als Fraktion fordern wir einen Breitband-Internetanschluss im Rahmen des Universaldienstes, dessen Übertragungsrate sich an der Mehrzahl der von den angeschlossenen Teilnehmer*innen genutzten Bandbreite bemisst und dynamisch angepasst wird. Damit ist sichergestellt, dass der Internetanschluss nicht nur auf einzelne Dienste wie E-Mails und Onlinebanking ausgelegt ist, sondern perspektivisch immer höhere Bandbreiten zulässt. Denn Daseinsvorsorge und digitale Teilhabe heißt mehr, als eine dürre E-Mail über langsames Kupfer zu schicken. Ein schneller Internetzugang gehört heutzutage zur Grundversorgung und sollte für Jede und Jeden zu jeder Zeit zur Verfügung stehen – damit gleichwertige Lebensverhältnisse keine hohle Floskel ohne Inhalt bleiben.

Die Ärgernisse für Verbraucherinnen und Verbraucher hören bei der Verfügbarkeit eines Breitbandanschlusses nicht auf. Eine Schriftliche Frage unserer Fraktion an die Bundesregierung vom Mai 2020 hat gezeigt, dass viele Anbieter von Internetzugängen ihre Werbeversprechungen im Hinblick auf die verfügbare Bandbreite privater Internetanschlüsse nicht einhalten.

Nur 20 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer in Baden-Württemberg erhielten die von ihnen bezahlte und vertraglich zugesicherte Datenübertragungsrate. 76 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer stand nur mindestens die Hälfte der vertraglich vereinbarten maximalen Datenübertragungsrate zur Verfügung. Es ist nicht akzeptabel, dass Dienstleister kontinuierlich so weit unter der vertraglich zugesicherten Leistung bleiben, ohne dass ihnen ernsthafte Konsequenzen drohen.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, die Verbraucherrechte in diesem Bereich zu stärken. Es sollte ein einfach und niedrigschwellig durchsetzbarer Schadensersatz eingeführt werden, wenn die versprochenen Bandbreiten wiederholt stark unterschritten werden. Die Bundesnetzagentur soll außerdem die Möglichkeit bekommen, den Anbietern empfindliche Bußgelder von bis zu vier Prozent des in Deutschland im betreffenden Geschäftsbereich erzielten Jahresumsatzes im vorangegangenen Geschäftsjahr aufzuerlegen. Denn wer nicht hören will, muss fühlen. Unsere Forderungen im Breitband-Bereich können im Detail in unserem aktuellen

SCHNELLES INTERNET UND DIGITALE TEILHABE FÜR ALLE

Antrag „Update fürs Netz – Digitale Teilhabe für alle“ nachgelesen werden.

Seriöser Journalismus als wichtiges Korrektiv zu Verschwörungstheorien

Die Corona-Krise hat auch die Medienbranche hart getroffen. Zwar haben einige Medien Rekord-Auflagen und Klickzahlen erzielt, allerdings spiegelt sich dieser Erfolg nicht in der wirtschaftlichen Situation der Medienunternehmen wider. Im Gegenteil: Durch den massiven Einbruch der Werbeeinnahmen (teilweise bis zu 90 Prozent) stehen insbesondere kleine und mittelgroße Radio- und TV-Sender, Zeitschriften, Zeitungen und Online-Medien vor großer Existenznot. Nach zahlreichen intensiven Gesprächen mit vielen Medien- und Journalist*innen-Verbänden haben wir ein Papier mit den wichtigsten kurz- und langfristigen Forderungen zur Bewältigung der Krise erarbeitet. Darin fordern wir u. a. einheitliche gesetzliche Regeln zur Systemrelevanz des Journalismus. Denn wie wichtig seriös recherchierte und gut aufbereitete Informationen heute sind, hat uns das massive Aufkommen von Verschwörungstheorien und Desinformation während der Corona-Krise einmal mehr vor Augen geführt. Einen ausführlichen Überblick über unsere medienpolitischen Vorstellungen und Forderungen zur Corona-Krise bietet das Papier „Die Medienbranche in der (Corona-)Krise:
https://bit.ly/2ZcTFaa

Die Problematik der Medienkonzentration spitzt sich weiter zu: Große Medienunternehmen kaufen immer häufiger kleinere und mittelgroße Medienmarken auf, Redaktionen werden zusammengeführt oder geschlossen und am Ende findet sich in vielen Zeitungen derselbe Inhalt. Immer mehr Menschen machen die Erfahrung, dass die inhaltliche Qualität ihrer Lokal- oder Regionalzeitung abnimmt. Schuld daran ist meistens der durch sinkende Werbe- und Verkaufserlöse entstehende Sparzwang, der Verlage dazu veranlasst, Journalistinnen und Journalisten zu entlassen. Was vordergründig nur den individuellen Zeitungsleser oder die Zeitungsleserin betrifft, wird dann problematisch, wenn die Medienvielfalt und -qualität flächendeckend abnimmt. Mittlerweile gibt es in einigen Bundesländern Landkreise, in denen es keine eigene Tageszeitung mehr gibt. Ich mache mir zunehmend Gedanken darüber, wie die Medienvielfalt gestärkt werden kann. Im Grundgesetz ist aus guten Gründen verfasst, dass der Staat keinen Einfluss auf Medien ausüben darf. Wir brauchen also Lösungen, die eine Einflussnahme des Staates verhindern, den Journalismus aber trotzdem stärken. Das ist eine komplexe Aufgabenstellung, die auch die Zuständigkeit der Länder berührt. Die Bundesregierung plant eine Förderung von Presseunternehmen durch finanzielle Zuwendungen für die Zustellkosten. Warum sollen aber nur Zeitschriften und Zeitungen gefördert werden, Fernsehsender, Radios und Online-Medien aber außen vor bleiben? Angesichts der Folgen der Digitalisierung ist vielmehr eine medienübergreifende Förderung für professionellen und gesellschaftlich wertvollen Journalismus nötig. Im Mittelpunkt muss die Arbeit der Journalist*innen stehen, weil guter Journalismus der Wesenskern erfolgreicher Medien ist.

Eine Möglichkeit, Journalismus zu fördern wäre es, nicht gewinnorientierten Journalismus im Steuerrecht als gemeinnützig anzuerkennen. Das würde den Medien wie Correctiv oder Finanztip, die sich durch andere thematische Schwerpunkte die Anerkennung als gemeinnützig erworben haben, Rechtssicherheit bescheren und darüber hinaus Anreize für die Gründung neuer gesellschaftlich wertvoller Medienformate setzen. Dies würde die Medienlandschaft bereichern.
Notwendig sind daneben aber weitere Instrumente zur staatsfernen Förderung und zum Erhalt von Medienvielfalt. Wie dies verfassungsgemäß geschehen kann, daran arbeite ich aktuell mit meinem Team.

GERHARD ZICKENHEINER

WWW.GERHARD-ZICKENHEINER.DE

Tel. 030 / 227-74535, Fax 030 / 227-76656, gerhard.zickenheiner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Spitalstraße 56, 79539 Lörrach
Tel. 07621 94 90 471, gerhard.zickenheiner.wk@bundestag.de

KLIMASCHUTZ UND NACHHALTIGKEIT ALS KONJUNKTURMOTOREN FÜR KOMMUNEN

Die Welt dreht sich trotz Corona weiter, und mit ihr auch die Probleme und Aufgaben, die vor uns liegen. Wir sehen wie unter dem Brennglas die holprige Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, der Sustainable Development Goals (SDGs), und des Paris-Abkommens. Deutschland hinkt bei der Umsetzung der Ziele massiv hinterher, und mit ihren Corona-Programmen verpasst die Bundesregierung erneut die Chance, Klimaschutz und Nachhaltigkeit konsequent umzusetzen. Die Bundesregierung stellt sich den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe viel zu zögerlich. Die Schere zwischen dem, was erreicht wurde und dem, was notwendig ist, klafft immer weiter auseinander – mit verheerenden Auswirkungen für unsere Zukunft.

Gerade jetzt, im Kampf gegen einen wirtschaftlichen Absturz in Folge der Pandemie, wäre es zwingend angesagt, die Investitionen zukunftsfest, also klimaförderlich und nachhaltig, auszugestalten. Gleichzeitig enttäuscht die Bundesregierung mit ihrem Programm zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft für das zweite Halbjahr 2020. In den nächsten sechs Monaten entscheidet Deutschland, welche Themen auf der Tagesordnung der EU-Minister*innen ganz oben stehen. Klima: Fehlanzeige!

Auch hier verpasst die Bundesregierung die einmalige Chance, dem Europäischen Green Deal zu wahrer Schlagkraft zu verhelfen und den mehrjährigen Finanzrahmen, der nun definiert werden wird, dementsprechend für die nächsten sieben Jahre zu gestalten. Dabei müssen wir genau jetzt anpacken und handeln. Denn wir schreiben das Jahr 2020 und das heißt: Für die Umsetzung der Agenda 2030 bleiben uns noch 10 Jahre, und die Uhr zur Erreichung der Paris-Ziele tickt immer lauter. Eine Dekade – jede Stadtplanerin, jeder Verkehrsplaner weiß: Das ist verdammt kurz.
Die Umsetzung muss also sofort angegangen werden, und sie muss alle Bereiche ganzheitlich umfassen. Für die konkrete Umsetzung von Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen sind vor allem die Kommunen mit ihren vielschichtigen Zuständigkeiten und Engagement entscheidende Akteure. Deshalb habe ich im März 2020 gemeinsam mit der Fraktion ein umfassendes Positionspapier, die „Kommunale Klima- und Nachhaltigkeitsstrategie“ https://gruenlink.de/1qq5 erarbeitet. Darin zeigen wir auf, wie die Kommunen an diesen Stellen unterstützt werden können.

Pandemie trifft auch und gerade Kommunen

Durch die Corona-Pandemie sind die Kommunen in schweres Fahrwasser geraten. Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise sind besonders vom krisenbedingten Shutdown betroffen, und das macht sich in den Haushalten aller Kommunen stark bemerkbar. Die GRÜNE Bundestagsfraktion hat sich mit diesen Missständen bereits befasst und einige parlamentarische Anträge vorgelegt. Aufbauend auf dem Positionspapier und grünen Anträgen habe ich in Zusammenarbeit mit vielen Fachbüros und den Kolleg*innen aus dem Arbeitskreis für Wirtschaft ebenfalls einen Antrag erarbeitet. Darin wird dargelegt, was jetzt konkret passieren muss, um den Kommunen aus ihrer unverschuldeten Krise zu helfen und gleichzeitig die dringend notwendigen Transformationsmaßnahmen anzustoßen. Der Antrag „Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltige Entwicklung als kommunale Konjunkturmotoren“ https://gruenlink.de/1smk wurde in der letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause in den Bundestag eingebracht.

Ökologie und Wirtschaft als Win-Win

Denn es gibt viele Maßnahmen, die jetzt sofort lokal umgesetzt werden können. Im Antrag habe ich in verschiedenen Bereichen dargelegt, welche Schritte

DEN KOMMUNEN GEMEINSAM AUS DER KRISE HELFEN

jede Kommune sofort gehen kann. Die Liste ist umfassend, aber nicht abschließend. Die Umsetzung dieser Maßnahmen würde mehrfache Wirkung erzielen: Zum einen kann die Umsetzung eben dieser Ziele auf kommunaler Ebene endlich zielkonform angegangen werden. Zum anderen werden durch die massive Stärkung der kommunalen Investitionskraft insbesondere lokale Unternehmen in klimarelevanten Bereichen sowie im Bereich Daseinsvorsorge, Infrastruktur und soziales Miteinander gestärkt und damit eine konjunkturelle Belebung vor Ort ermöglicht – ein echtes Win-Win-Konjunkturprogramm.

Die möglichen Maßnahmen reichen vom Ausbau Erneuerbarer Energien und grüner Wärmeplanung, ein Dachausbauprogramm über eine Stärkung des ÖPNV und Förderung der E-Mobilität bis hin zu nachhaltiger Beschaffung, naturnaher Bewirtschaftung kommunaler Wälder und Maßnahmen zu Moorschutz, einer Stärkung der ökologischen Landwirtschaft und Stärkung der Kreislaufwirtschaft. Es gibt viel zu tun – wir müssen es jetzt den Kommunen ermöglichen, das auch anzupacken!

Ein sinnvolles Konjunkturpaket für Kommunen

Um all dies und noch mehr tun zu können, muss die Regierung ein Konjunkturpaket für Kommunen zur Stärkung ihrer eigenen Investitionskraft auflegen und die Gelder zur Finanzierung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen sowie von Projekten zur nachhaltigen Entwicklung zur Verfügung stellen. Dafür müssen mehrere Voraussetzungen erfüllt sein: Wie schon im Positionspapier dargelegt, müssen die Kommunen lokale Leitbilder und Maßnahmenpläne erarbeiten. Denn die Kommunen müssen ihre Strategien und Projekte an die lokalen Begebenheiten und Bedürfnisse anpassen. Anders gesagt: Im Südschwarzwald sind die Wege zur Transformation andere als an der Nordseeküste. Außerdem muss bei der Mittelvergabe sichergestellt werden, dass über das Konjunkturpaket finanzierte Maßnahmen, zusätzlichen Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltige Entwicklung mit dem Ziel der Erreichung der kommunalen Klimaneutralität fördern und Doppelfinanzierungen ausgeschlossen werden. Sinnvoll ist auch, den Aufbau zusätzlicher Planungs- und Umsetzungskapazitäten zu beschleunigen. Denn zehn Jahre sind aus Planungssicht schnell vorbei.

Kommunen als Game-Changer

Sind diese Voraussetzungen erfüllt und die Kommunen setzen die vorgeschlagenen Maßnahmen – oder in ihrer Klimawirkung vergleichbare Maßnahmen – um, sollten dadurch die geschwächten regionalen und kommunalen Unternehmen gestärkt werden. Denn wir brauchen handlungsstarke Kommunen, sie müssen auch weiterhin nachhaltig ihre Funktionen im Bereich Daseinsvorsorge, Infrastruktur und sozial-ökologische Transformation ausüben können.

Die zentrale Positionierung von Klima- und Nachhaltigkeitszielen als Teil des Konjunkturprogramms führt zu einer Win-Win-Situation für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. Die Bewältigung beider Krisen, der Corona-Krise und der Klimakrise, muss aus ökonomischen und ökologischen Gründen zusammengedacht und angegangen werden. Denn klar ist, dass mittel- und längerfristige Investitionen, die heute getätigt werden, die Entwicklung unseres Lebensumfelds über viele Jahre, gar Jahrzehnte prägen werden. Wirtschaftliche und politische Fehlanreize hätten somit fatale Langzeitfolgen. Jetzt müssen die Weichen gestellt werden. Wie das in den Kommunen aussehen kann, zeigt unser Antrag konkret auf.

NR. 02 / 20. WP • APRIL 2020

SÜDWESTGRÜN

RUNDBRIEF DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GRÜNEN IM BUNDESTAG

*BETREUUNGS*WAHLKREISE

AALEN/ELLWANGEN	Margit Stumpp
ALB-DONAU	Margit Stumpp
BIBERACH	Agnieszka Brugger
BODENSEEKREIS	Agnieszka Brugger
BÖBLINGEN	Matthias Gastel
BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD	Gerhard Zickenheiner
CALW	Anna Christmann
EMMENDINGEN	Gerhard Zickenheiner
ESSLINGEN	Matthias Gastel
ETTLINGEN	Sylvia Kotting-Uhl
FREIBURG	Franziska Brantner
FREUDENSTADT	Beate Müller-Gemmeke Matthias
GÖPPINGEN	Gastel
HEIDELBERG	Franziska Brantner
HEIDENHEIM	Margit Stumpp
HEILBRONN	Harald Ebner
HOHENLOHE	Harald Ebner
KARLSRUHE	Sylvia Kotting-Uhl
KARLSRUHE/LAND	Danyal Bayaz
KONSTANZ	Matthias Gastel
KURPFALZ-HARDT	Danyal Bayaz
LÖRRACH	Gerhard Zickenheiner
LUDWIGSBURG	Cem Özdemir
MAIN-TAUBER	Charlotte Schneidewind-Hartnagel
MANNHEIM	Franziska, Danyal
NECKAR-BERGSTRASSE	Franziska Brantner
NECKAR-ODENWALD	Charlotte Schneidewind-Hartnagel
ODENWALD-KRAICHGAU	Danyal Bayaz
ORTENAU	Franziska, Gerhard
PFORZHEIM/ENZKREIS	Sylvia Kotting-Uhl
RASTATT/BADEN-BADEN	Sylvia Kotting-Uhl
RAVENSBURG	Agnieszka Brugger Anna
REMS-MURR	Christmann Beate
REUTLINGEN	Müller-Gemmeke Beate
ROTTWEIL	Müller-Gemmeke
SCHWÄBISCH GMÜND	Harald Ebner
SCHWÄBISCH HALL	Harald Ebner
SCHWARZWALD-BAAR	Chris Kühn
SIGMARINGEN	Chris Kühn
STUTTGART	Anna, Cem
TÜBINGEN	Chris Kühn
TUTTLINGEN	Beate Müller-Gemmeke
ULM	Margit Stumpp
WALDSHUT	Gerhard Zickenheiner
WANGEN	Agnieszka Brugger
ZOLLERNALB	Chris Kühn

*SÜDWEST***GRÜN** erscheint drei- bis viermal im Jahr. Darin berichten wir als Landesgruppe Baden-Württemberg der grünen Bundestagsfraktion von unserer Arbeit.

*SÜDWEST***GRÜN** wird als E-Mail mit PDF-Anhang versandt. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen möchte, schreibe bitte eine E-Mail mit dem Betreff „Abo Südwestgrün" an **harald.ebner@bundestag.de.** Abmeldungen und Feedback aller Art bitte ebenfalls an diese Adresse!

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein wie wir es gerne möchten. Daher seid ihr, die Grünen in Baden-Württemberg, unser stärkstes Bindeglied „ins Ländle". Für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret auf den Nägeln brennt.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen und euer Engagement sind eine wichtige Ergänzung zu unserer parlamentarischen Arbeit!

Da wir nicht in jedem Wahlkreis mit einer/einem eigenen MdB vertreten sind, haben wir das System der Betreuungswahlkreise eingerichtet. In der Liste links seht ihr, wer von uns für eurem Wahlkreis zuständig ist.

Mehr aus der Bundestagsfraktion immer akuell unter

WWW.GRUENE-BUNDESTAG.DE

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Harald Ebner MdB (Landesgruppensprecher)
Redaktion & Gestaltung: Solveig Giesecke
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 73025
Fax 030 / 227 76025
harald.ebner@bundestag.de